

Editorial**Transnationale Entwicklungen: Globale Wertschöpfungsnetze und Lieferketten**

Jürgen Kädtler

Abstrakte Prozesse wie Globalisierung, Digitalisierung, Diverses mit 4.0 einerseits, Erfahrungen tatsächlichen oder drohenden Abgehängtseins andererseits markieren ein Spektrum, innerhalb dessen vielen Menschen eine verlässliche Selbstverortung immer schwerer fällt. Diffuse Ängste und die Sehnsucht nach einfachen oder vereinfachenden Lösungen sind eine verbreitete Konsequenz – mit Folgen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und politische Stabilität wie jüngste Wahlergebnisse auch in Deutschland zeigen.

So ist die Wissenschaft gefordert, diesen Entwicklungen mit Aufklärung auf der Grundlage sorgfältiger Analyse zu begegnen. Die aktuellen „Mitteilungen aus dem SOFI“ zeigen, wie SOFI-Forschung damit aufgeworfene Fragen angeht und analysiert.

Den Schwerpunkt bilden Beiträge zu transnationalen Entwicklungen: Zwei Artikel behandeln die Perspektiven deutscher Produktions- und Hafenstandorte sowie der dort Beschäftigten im Rahmen sich entwickelnder globaler Wertschöpfungs- und Logistiknetze, mit Schlussfolgerungen zu Handlungsbedingungen für Arbeitnehmervertretung und zu politischen Gestaltungserfordernissen. Ein weiterer Beitrag berichtet über die Konferenz „Workers of the World“, deren zentrales

Anliegen war, ein Mehr an wechselseitigen Bezügen in das vielstimmige Konzert weltweiter Arbeitsforschung zu bringen. Schließlich findet sich unter dem Blickwinkel transnationaler Fragen ein Bericht über eine Veranstaltung zu Ausgrenzungserfahrungen Langzeitarbeitsloser. Hier wurden Ergebnisse aus einem europäischen Forschungszusammenhang vorgestellt.

Darüber hinaus stellen wir in der vorliegenden Ausgabe fünf neue SOFI-Projekte vor. Zwei neue Forschungsvorhaben richten sich auf lokale Dynamiken gesellschaftlichen Zusammenhalts und auf die Tragfähigkeit öffentlicher Infrastrukturen. Hierbei geht es zum einen um Dorfentwicklung in Südniedersachsen und zum anderen um die Ausarbeitung eines Konzepts Sozialer Orte. Drei neue Projekte nehmen unterschiedliche Aspekte von Digitalisierung in den Blick: in einer breit angelegten Studie zu digitalisierter Arbeit und betrieblichem Gesundheitsmanagement, in einer Bestandsaufnahme zu Digitalisierung und Digitalisierungsoptionen im niedergelassenen Einzelhandel und in einem Projekt zu betrieblichen Konflikten um die Digitalisierung von Arbeit.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine anregende und interessante Lektüre!

Inhalt**Transnationale Entwicklungen**

- 2 Deutsche Industriestandorte in den Netzwerken globaler Qualitätsproduktion
- 8 Seehäfen – verstrickt in globale Lieferketten
- 13 Workers of the World – Exploring global perspectives on labour from the 1950s to the present

SOFI-Veranstaltung

- 17 Armut und Erwerbslosigkeit – Sozialpolitik als Chance für Europa

Projektstarts

- 19 Dorfmoderation in Südniedersachsen
- 21 Neue Infrastrukturen für gesellschaftlichen Zusammenhalt

- 23 Arbeitswelt 4.0 gestalten
- 24 Tante Emma 4.0
- 25 Betriebliche Konflikte um die Digitalisierung von Arbeit

Neuerscheinung

- 22 Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen

Veröffentlichungen von SOFI-Mitarbeiter/innen**Neues aus dem SOFI**

- 28 Personalien / SOFI-Forschungskolloquium / 50 Jahre SOFI Jubiläumsveranstaltung

16 Impressum

Globalisierung und Interessenvertretung

Deutsche Industriestandorte in den Netzwerken globaler Qualitätsproduktion

Ulrich Voskamp

Zunehmend nutzen deutsche Industrieunternehmen ausländische Standortalternativen auch für komplexe, anforderungsreiche Qualitätsproduktion und, so heißt es, unterminieren damit die Position von Arbeit und gewerkschaftlicher Interessenvertretung im deutschen Sozialmodell. Der Aufsatz stellt, gestützt auf die Untersuchung von Aktivitäten deutscher Unternehmen in Osteuropa und China, die These eines unvermeidbaren Niedergangs infrage. Er zeigt globale Qualitätsproduktion als ein systemisch angelegtes, transnational vernetztes Produktionsmodell, für dessen Funktionieren Voraussetzungen auch an deutschen (Produktions-)Standorten geschaffen werden. Deren Akzentuierung zu Innovations-, Kompetenz- und Koordinationszentren globaler Netze lässt neue Machtressourcen auch für betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung entstehen, die allerdings nicht leicht zu erschließen sind.

Ein Modell von Qualitätsproduktion galt lange als gültige Beschreibung eines wirtschaftlich erfolgreichen und gesellschaftlich vorteilhaften Pfades industrieller Entwicklung in Deutschland. Das entsprechende Produktionskonzept, die mit ihm verbundenen industriellen Praktiken und institutionellen Rahmenbedingungen haben Arndt Sorge und Wolfgang Streeck vor drei Jahrzehnten im Modell der „diversifizierten Qualitätsproduktion“ zusammengefasst (Sorge/Streeck 1988). Vorteilhaft für Unternehmen und Gesellschaft sei es, weil es mit einer Strategie der „Produktaufwertung“, der „Orientierung auf qualitätskompetitive Produkte und preisinelastische Absatzmärkte“ (Streeck 2016, S. 57) die Möglichkeit eröffne, sich der verschärften Preiskonkurrenz auf zunehmend offenen Produktmärkten zu entziehen. Die „diversifizierte Qualitätsproduktion“ galt als eine exklusive deutsche Stärke, gründete sie sich doch auf territorial und sozial gebundene Voraussetzungen wie das duale System beruflicher Ausbildung, eine ausdifferenzierte Landschaft der Organisation von Innovation ebenso wie die deutsche Ingenieurstradition und ein System industrieller Beziehungen nach dem Muster der „Konfliktpartnerschaft“ (Müller-Jentsch 1999). Es waren insbesondere starke Gewerkschaften, die durch die Verbindung von beruflich orientierter Qualifikationspolitik, anspruchsvoller produktivitätsorientierter Lohnpolitik, Beschäftigungssicherheit und entfalteter Mitbestimmung jene *beneficial constraints* (Streeck 1997)

erzeugten, die das Kapital zu seinem eigenen Wohl weg von der schnöden Massenproduktion hin zur besonderen Qualitätsproduktion drängten.



© Aquir / Fotolia.com

Dieses Konzept bewährte sich in der Folge als erklärungsmächtig für das Verständnis der Entwicklung von industrieller Produktion und Sozialmodell in Deutschland. Einige Voraussetzungen allerdings, die Ende der 1980er Jahre als konstant gesetzt worden waren, erwiesen sich bald als außerordentlich und unerwartet variabel. Dies gilt insbesondere, so stellen Sorge und Streeck 30 Jahre später rückblickend fest, für die Ortsfestigkeit bzw. Mobilität industriellen Kapitals. Das Konzept beruhte auf der Prämisse, dass bei Qualitätsproduktion eine Flucht aus dem „deutschen Modell“ nicht möglich sei: „capitalists had to be captive – i.e. unable to escape“ (Sorge/Streeck 2016). Denn das Konzept funktionierte „nur so lange, wie es keine Orte außerhalb des deutschen Arbeitsregimes gab, an denen sie ebenso gut hätten produzieren können: zwar immer noch keine

Billigprodukte, wohl aber billigere Qualitätsprodukte – und solange andere noch nicht gelernt hatten, in die von den Deutschen bediente Marktnische der ‚diversifizierten Qualitätsproduktion‘ [...] einzudringen.“ (Streeck 2016, S. 57) Mit dieser Exklusivität allerdings, so Streeck recht grundsätzlich, war es bald vorbei. „Keine dieser Bedingungen hatte Ewigkeitswert. Vor allem nach dem Ende des Kommunismus boten sich in Osteuropa, aber auch in China Produktionsstätten an, an denen kein Mangel an hohen Arbeitsqualifikationen bestand. Zugleich ermöglichte die fortschreitende Digitalisierung der Produktion die Automatisierung von immer mehr Facharbeitertätigkeiten – was die ausländische Konkurrenz in die Lage versetzte, auch ohne duale Berufsausbildung Märkte für hochkomplexe Produkte zu bedienen, während sie zugleich deutschen Unternehmen die Möglichkeit bot, unter Mitnahme ihrer neuen Produktionstechnologien in Länder mit niedrigen Arbeitskosten umzuziehen.“ (ebd.)

Wenn Unternehmen diese neuen Optionen nutzen, brechen für die Beschäftigten und ihre Interessenvertreter schwierige Zeiten an, so Streeck (2016). Wenn das Kapital nicht mehr um jeden Preis auf das Mitspielen deutscher Facharbeiter und ihrer Organisationen angewiesen sei, weil Qualitätsproduktion auch woanders und dort zudem noch deutlich billiger funktioniere, dann werde die arbeitsprozessliche Stärke von Fachkräften in Deutschland ebenso

unterminiert wie die Machtposition ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertreter. Die Gewerkschaft, einst unverzichtbarer, selbstbewusster Akteur im deutschen Modell von Qualitätsproduktion, der für seine Klientel attraktive Arbeitsbedingungen und Löhne durchsetzen konnte, verkommt nun, seiner Machtressourcen beraubt, zum allenfalls noch geduldeten Mitspieler oder Statisten.



© ufotopix110 / Fotolia.com

Was ist dran an dieser für Facharbeit und Gewerkschaften so trostlosen Diagnose? Umfangreiche empirische Recherchen an deutschen, osteuropäischen und chinesischen Standorten deutscher Qualitätsproduzenten in der Autozulieferindustrie und im Maschinenbau¹ widerlegen in der Tat deutlich die lange Zeit vorherrschende Annahme, Qualitätsproduktion funktioniere eigentlich nur unter den Bedingungen des alten „deutschen Modells“ und sei andernorts schlecht platziert. Unternehmen aus den Kernsektoren der deutschen Industrie haben in den letzten drei Jahrzehnten die Geografie ihrer Produktionsstrukturen gründlich verändert. Sie haben die Landkarte ihrer Produktionsstandorte drastisch erweitert und setzen stark auf neu zugängliche Regionen in Mitteleuropa und der Volksrepublik China. Dabei nutzen sie ausländische Standorte zwar weiterhin auch als verlängerte Werkbank für die möglichst kostengünstige Herstellung einfacher, arbeitsintensiver Massenprodukte für den Export in entwickelte Märkte. Als neues Muster aber kommen an den Auslandsstandorten zunehmend Spielarten von Qualitätsproduktion ins Spiel: die Herstellung von komplexen, anspruchsvollen Produkten, die sich

stark über Merkmale wie exzellente Leistung, Qualität und individuellen Kundennutzen differenzieren. Im Falle neu entstehender großer Binnenmärkte, wie in China, werden sie häufig speziell auf diese Märkte ausgelegt.

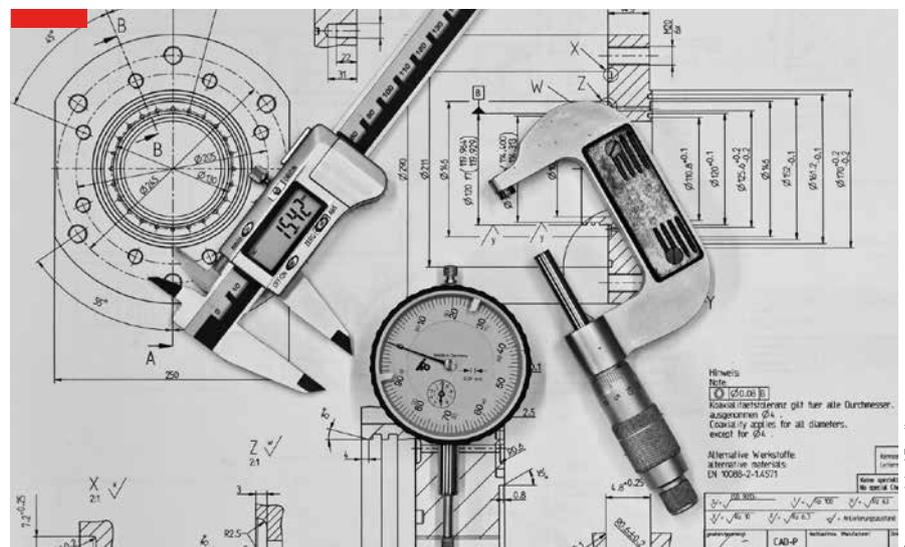
Als Bestätigung der Diagnose von Sorge/Streeck (2016) und Streeck (2016) kann auch gewertet werden, dass die neuen Freiheiten der Unternehmen in der Standortwahl mit einer Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit einhergehen. Nun reicht oft schon die glaubhafte Drohung mit Verlagerung von einfachen Massen-, aber auch von Qualitätsproduktionen ins kostengünstigere Ausland, um den Gewerkschaften Zugeständnisse bei Entlohnung und Arbeitsbedingungen abzufordern. Der ehemals enge Zusammenhang zwischen Produktionsmodell und nationalem Sozialmodell hat sich offenbar gelockert. Gleichwohl, so soll im Folgenden gezeigt werden, wäre es voreilig, diese Entwicklung einseitig als Verlust zu interpretieren. Denn die neue, nunmehr global verteilte Qualitätsproduktion lässt für Beschäftigte in Deutschland auch neue Machtressourcen entstehen. Angelegt sind diese Gelegenheiten in der Architektur dieses Produktionsmodells. Sorge und Streeck unterschätzen seinen systemischen Charakter und den transnationalen Bedarf seiner institutionellen Einbettung und Absicherung. So wird die veränderte Rolle deutscher Standorte in einem transnational vernetzten System von Qualitätsproduktion fast völlig ausgeblendet. Neue Machtressourcen für

Arbeit und ihre Interessenvertretung geraten damit erst gar nicht in den Blick.

Qualitätsproduktion im Ausland

Wie funktioniert Qualitätsproduktion auch an Standorten in sich entwickelnden Regionen wie Mitteleuropa oder China? Streeck (2016) erklärt die zunehmende Qualitätsproduktion an *low-cost*-Standorten mit auch dort reichlich vorhandenen Arbeitsqualifikationen und mit der fortschreitenden Digitalisierung, insbesondere der Ablösung von Facharbeit durch den ‚intelligenten‘ Algorithmus. Beide Thesen sind empirisch fragwürdig.

Was die Entlastung von Personalkonzepten durch Digitalisierung angeht: Gewiss sind leistungsfähige Daten- und Kommunikationsnetze eine wichtige Voraussetzung für globale Produktion und sie eröffnen auch Möglichkeiten zur Überwachung, Kontrolle und Diagnose von Produktionsabläufen und Anlagenzuständen. Aber dass nun qualifizierte, erfahrene und kooperationsfähige Facharbeit durch Automatisierung so breitflächig eingespart werden könnte und der Algorithmus den Vor-Ort-Bedarf an Diagnose, Optimierung und „Kontrolle von Ungewissheitszonen“ (Crozier/Friedberg 1979) übernimmt, ist nach unserer Empirie von der Realität weit entfernt. Und was die Arbeitsqualifikationen in Osteuropa und China angeht: In der Tat lassen sich dort viele Standorte mit hohen Qualifikationsniveaus finden, allerdings geht es dabei häufig um



© motormadcr / Fotolia.com

eine Fülle von exzellent qualifizierten Schul- und Hochschulabsolventen – mit gehöriger Distanz zur industriellen Produktion. Passende Qualifikationen für die industrielle Qualitätsproduktion sind hingegen rar. Daher unternehmen deutsche Betriebe hohe Anstrengungen, dort passende Einrichtungen und Ausbildungsgänge der beruflichen Bildung zu etablieren, wobei fast immer das deutsche duale System als Vorbild dient. So sehr sie einerseits die vergleichsweise geringe Regulationsdichte zu schätzen wissen, empfinden andererseits viele von ihnen den Kontext in mancherlei Hinsicht als institutionell defizitär. So sind sie mangels Verbandsstrukturen auf Arbeitgeberseite zur Koordinierung gemeinsamer Interessen, zur Vereinbarung von Spielregeln des Arbeitsmarkts (etwa zur Eindämmung grassierender Abwerbung qualifizierter Arbeitskräfte) oder zur Regulation von Konflikten eifrig bemüht, mehr oder weniger informelle Provisorien zu etablieren und auf diese Weise halbwegs tauglichen Ersatz zu schaffen.

Deutsche Unternehmen, so zeigen unsere Befunde, werden nicht deshalb in China aktiv, weil sie dort passable Voraussetzungen für eine Qualitätsproduktion vorfinden, vielmehr gehen sie dorthin, obwohl dies nicht der Fall ist! Ihnen erscheinen die Aussichten des chinesischen Markts als so attraktiv, dass sie darauf setzen, trotz hoher Unsicherheiten schnell mit eigener Produktion im Markt präsent zu sein und sich einen Gutteil der Voraussetzungen, die für ein erfolgreiches Agieren in einer fremden Umwelt nötig und sinnvoll erscheinen, erst nach und nach zu erarbeiten. Dabei gehen Charakter und Reichweite der Veränderungen über Vorstellungen einer einfachen geografischen ‚Verlagerung‘ von Produktionsaktivitäten hinaus, bei der in der Anfangsphase viel Unterstützung, Wissens- und Kompetenztransfer durch den abgebenden Standort erforderlich ist, der neue Standort dann aber weitgehend aus eigener Kraft klar kommt. Die Realität sieht anders aus. Statt ‚Verlagerung‘ sehen wir fragile grenzüberschreitende Systeme mit hohen Abhängigkeiten und gegenseitigem Aufeinander-angewiesen-Sein entstehen. Zwar stützt sich eine erfolgreiche globale Qualitätsproduktion, so zeigen

unsere Befunde, auf eine Erweiterung der Fähigkeiten an Niedriglohnstandorten – daran arbeiten die Unternehmen nicht ohne Erfolg. Allein das reicht aber nicht. Vielmehr hängt der Erfolg dieser Strategie in erheblichem Maße auch von den Beiträgen deutscher Standorte ab. Denn die Etablierung von globaler Qualitätsproduktion fordert systemische Veränderungen, bei denen sich nicht nur an Niedriglohnstandorten einiges ändert, sondern ebenso an deutschen Standorten.

Innovations- und Kompetenzzentren für globale Netze

Die Einbindung in Netzwerke globaler Qualitätsproduktion hat nicht schlagartig, wohl aber auf mittlere Sicht Auswirkungen auch auf deutsche Standorte: Sie verändert ihre Funktionsprofile. Sie akzentuiert die Innovationskompetenz; sie treibt den Aufbau von Koordinationsfunktionen und Kompetenzzentren für globale Netzwerke; sie geht einher mit einem relativen Bedeutungsverlust von Produktion, verstärkt zugleich aber deren innovative Funktion.

Meist bilden sich in einem mehr oder minder turbulenten, experimentellen und oft auch konfliktreichen Prozess an heimischen Standorten Steuerungs- und Kompetenzzentren für globale Netzwerke heraus. Teilweise werden deren Aufgaben in gesonderten Organisationseinheiten gefasst, teilweise laufen sie in anderen Einheiten mit. Insofern sind die globalen Kompetenzzentren nicht immer scharf abgegrenzt und gut sichtbar. Insgesamt hat die Summe der hier versammelten Aufgaben einen starken Akzent auf Innovationsthemen, geht es doch um die schnelle und zuverlässige Generierung von neuen Qualitätsprodukten, ihre Umsetzung in Prozesse, Produktanläufe, den Transfer an Produktionsstandorte und um deren Kontrolle und Unterstützung bei Produktions- und Innovationsthemen. Hilfreich für diese Aktivitäten an deutschen Standorten ist die räumliche und soziale Nähe zu anderen Akteursgruppen. Sie eröffnet den Unternehmen Zugänge zu über lange Zeiträume hinweg kumulierten und in sozialen Milieus sedimentierten

Wissens- und Erfahrungsbeständen; sie ermöglicht die intensive Kooperation mit Kunden, Maschinenherstellern und Materiallieferanten; sie erlaubt die Einbettung in innovative Milieus von Universitäten und anderen Innovationsakteuren und schafft nicht zuletzt Kontakte zu unterstützender Politik.

Was zunächst die *Produktinnovation* angeht, so hat sie in unseren Fällen ihren Schwerpunkt fast durchweg an deutschen Standorten. Hier ist das Erfahrungswissen konzentriert, hier finden sich hoch qualifizierte Talente auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, hier ist das Unternehmen in meist langjährige Kooperationen mit Entwicklungspartnern eingebunden, hier bestehen auch thematisch einschlägige politische Netzwerke, hier sind Leitkunden in der Nähe, mit denen Produktkonzepte und Technologiepfade abgesprochen und umgesetzt werden können. Und nicht zuletzt finden sich hier erfahrene Produktionsmannschaften, die Rückkopplung geben können, ob sich die in den Entwicklungsabteilungen erdachten Produkte überhaupt realisieren und auch gut und kostengünstig bauen lassen, mit denen Risiken abgeschätzt, unnötige Aufwände entdeckt, Verbesserungspotenziale erschlossen und getestet werden können. Dies setzt räumliche und soziale Nähe, auch eine gemeinsame Sprache, selbstbewusste und erfahrene Produktionsfacharbeiter, kollaborative Beziehungen und Experimentierspielräume voraus.

So fällt die Arbeitsteilung hinsichtlich der Produktentwicklung klar zu Gunsten der deutschen Standorte aus. Dies gilt sehr deutlich im Verhältnis zu Mitteleuropa. Was die Arbeitsteilung mit China angeht, so bauen deutsche Unternehmen in diesem Zielmarkt mit ausgeprägten Besonderheiten vermehrt auch Kapazitäten für Produktentwicklung auf. Diese Aktivitäten stehen typischerweise aber nicht für sich alleine, sondern sind rückgebunden an zentrale Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in Deutschland. So haben Anpassentwicklungen in China in Deutschland entwickelte Produkte zur Grundlage, und selbst bei Neuentwicklungen geht es nur schlecht ohne Rückbindung an deutsche Standorte.

Ohne Verbindung zur Grundlagenentwicklung, zu den Produktplattformen und -baukästen, zum kumulierten Methoden- und Erfahrungswissen in Deutschland läuft die Arbeit an Qualitätsprodukten meist deutlich schlechter, langsamer und weniger aussichtsreich.

Im Hinblick auf die *Prozessinnovation* zeichnen sich unsere Fälle durchweg dadurch aus, dass die Unternehmen ihre entsprechenden Kompetenzen an den deutschen Standorten ausgeweitet haben, etwa mit Pilotanlagen zur Entwicklung und Erprobung neuer Verfahren. Dieser Bedeutungsgewinn von Prozessinnovation an deutschen

Aufgabenbündel neu entstanden oder gewichtet worden sind. Im Innovationszyklus von Produkten haben hier insbesondere jene Phasen an Bedeutung gewonnen, in denen es um Stabilisierung, Optimierung und vor allem Überführung in die Serienproduktion geht. An Umfang deutlich gewachsen ist dabei das (für etliche Standorte hierzulande) neue Aufgabenfeld des Erfahrungs- und Wissenstransfers, mit erheblichen Schulungs und Ausbildungsanteilen für Personal ausländischer Standorte.

Für *Produktionsaktivitäten* an deutschen Standorten erwarten Qualitätsproduzenten bestenfalls eine stabile, häufig eine sinkende Beschäftigung.

um Produkt- und Prozessinnovationen zu ermöglichen und voranzutreiben. Bei aller Stabilität der Beschäftigung insgesamt an deutschen Standorten sinkt zwar das relative Gewicht der Produktion in Deutschland; zugleich aber gewinnt die heimische Produktion neue Aufgaben, die für das Funktionieren von global verteilten Wertschöpfungsketten wichtig sind. Damit gewinnt sie deutlich an strategischer Bedeutung im Kontext globaler Netze.

Insgesamt zeigen unsere Befunde, dass die Architektur globaler Qualitätsproduktion systemisch angelegt ist: Sie geschieht in grenzüberschreitenden Systemen, die ein starkes Standbein



© Heidelberger Druckmaschinen AG

Montage eines Druckwerks in China

Standorten geht auch darauf zurück, dass über die Equipment-Herstellung hinaus und oft mit ihr verbunden auch die Prozessentwicklungen für Auslandsstandorte, wenn nicht ausschließlich, so doch weit überwiegend an deutschen Standorten angesiedelt sind. Hinzu kommt, dass das ‚Fertigmachen‘ von Prozessen für den Auslandseinsatz und der Transfer dorthin als

Gleichwohl halten sie an inländischen Produktionsstandorten fest, nicht nur, um europäische Märkte zu bedienen. Es geht auch um die Fertigung von Know-how-Teilen für den globalen Produktionsverbund – eine Aktivität, die unmittelbar vom Wachstum etwa chinesischer Märkte profitiert. Vor allem aber behält die heimische Produktion eine wichtige Rolle als Innovationstreiber,

auch an hiesigen Standorten erfordern, um an institutionell schlechter ausgestatteten *low-cost*-Standorten funktionieren zu können. Die Nutzung von kostengünstigeren Standorten für Qualitätsproduktion in Mittelosteuropa und China treibt die Profilierung deutscher Standorte zu Innovations- und Kompetenzzentren mit einem deutlichen Akzent auf einer fähigen,

innovationsorientierten Produktion. Eine solche Neudefinition der Rolle hiesiger Standorte kann neue arbeitsprozesslich fundierte Stärken begründen und eine neue Grundlage für selbstbewusste Akteure in Gewerkschaften und Betriebsräten abgeben, die nicht mehr nur als „Juniorpartner“ oder „Mitfahrer auf dem Rücksitz“ (Streeck 2016, S. 58) geduldet sind, sondern sich als selbstbewusste und konfliktfähige Akteure Geltung verschaffen können. Auch unter dem Druck der Globalisierung las-

Kooperation mit Kunden, mit Equipment-Herstellern und Materiallieferanten, auch mit Auslandswerken, für die und mit denen Produktplattformen definiert, auch Produkte entwickelt oder dezentrale Entwicklungsstandorte unterstützt werden. Dies sind Standorte, an denen Prozesse definiert, Standards für Abläufe und dezentrale Abweichungen festgelegt und verhandelt werden; Standorte, an denen neues Wissen erzeugt und Technologien ‚auf Kante‘ getrieben werden, mit *lead users* erprobt

Entlohnungsbedingungen outgesourct wird. Für dieses stark polarisierte Produktionsmodell – das schmale, auf Innovation und Problemlösung angelegte Kompetenzzentrum hier und die stark routinisierte (Kontrakt-)Fertigung dort – greifen die Unternehmen auf Erfahrungen zurück, die sie im Umgang mit verlängerten Werkbänken in Mitteleuropa gesammelt haben, und etablieren so ein *low-cost*-Modell von Qualitätsproduktion im Inland.



© antonmatveev / Fotolia.com

Qualität in der Antriebstechnik

sen sich an deutschen Standorten neue Machtressourcen für Arbeit erschließen.

Gestaltungsalternativen

Allerdings sind an dieser Stelle Vorbehalte zu nennen. Vor einer allzu optimistischen Interpretation im Sinne einer Revitalisierung gewerkschaftlicher Stärke ist zu klären, wie es um die Verbreitung der von uns identifizierten Tendenz steht. Die neuen Innovations- und Kompetenzressourcen können organisatorisch sehr unterschiedlich gefasst werden. Einerseits finden wir in Deutschland mittlerweile Standorte, die in ihren Funktionen, Aufgaben und Fähigkeiten voll auf globale Produktionsnetze ausgerichtet sind – mit umfangreichen Innovations- und Produktionskapazitäten ausgelegt auf die

werden und dann in andere Produkte und an andere Orte diffundieren; Standorte, von denen aus globale Netze gesteuert, koordiniert und auch kontrolliert werden – kurzum: globale Leitwerke mit umfangreicher Produktion.

Andererseits gibt es auch eine alternative Gestaltungsvariante. Für diese Alternative stehen Fälle mit einer sehr selektiven und exklusiven Definition eines solchen Kompetenz- und Innovationskerns, der sehr schmal ausfällt, weil die eigene Produktion sehr, sehr schmal gehalten wird. In diesen Fällen trennen die Unternehmen zwischen der innovationsorientierten Produktion im eigenen Haus und der Routineproduktion, die zu inländischen Produktionsdienstleistern mit deutlich schlechteren Arbeits- und

Insgesamt ist deutlich geworden, dass globale Qualitätsproduktion systemisch angelegt ist und an deutschen Standorten Innovations- und Kompetenzzentren für solche global ausgelegten Produktionssysteme entstehen lässt. In diesen Zentren werden neue Machtressourcen für Beschäftigte sichtbar. Deutlich geworden ist allerdings auch, dass diese globalen Funktionen sehr unterschiedlich gestaltet werden können: ausgelegt auf eine breite Beteiligung von Beschäftigten oder sehr selektiv ausgerichtet auf einen kleinen Kern privilegierter Spezialisten und einen breiten Rand von wenig privilegierten Beschäftigten. Entsprechend unterschiedlich sind dann auch die Machtressourcen verteilt. Unter dem Eindruck globaler Qualitätsproduktion wird es damit für gewerkschaftliche Betriebspolitik zu

einer entscheidenden Frage, wie weit die neuen Machtressourcen entwickelt und für kollektive Interessenvertretung erschlossen werden können.

Ein Fazit

Unsere Recherchen in den Netzen globaler Qualitätsproduktion zeigen, dass sich bei diesem Produktionsmodell die Perspektiven hiesiger Standorte zwar verändern, aber nicht so finster und desaströs ausfallen müssen, wie Sorge und Streeck dies nahelegen. Zum einen, weil die Ansprüche von Qualitätsproduktion an lokale Voraussetzungen höher sind als oft angenommen – die Freiheitsgrade bei der Wahl kostengünstiger Standorte fallen damit niedriger aus, als oft unterstellt. Zum anderen, weil globale Qualitätsproduktion eine systemische Veranstaltung ist, die zu ihrem Gelingen auf Ressourcen auch an hiesigen Standorten angewiesen ist: Innovationskompetenzen einschließlich fähiger und kooperationsbegabter Produktionswerke, in sozialen Milieus kumuliertes und vermitteltes Erfahrungswissen, Steuerungskompetenzen, Ausbildungs- und Transferfähigkeiten für globale Netze. So emanzipiert sich Qualitätsproduktion ein Stück weit von lokalen, auch nationalen Ressourcen und vereint geografisch verteilte Innovations- und Produktionsressourcen zu einem neuen System – globale Qualitätsproduktion eben. Der Zusammenhang ist paradox: Mit der Etablierung von Qualitätsproduktion auch an peripheren ausländischen Standorten koppeln sich Unternehmen keineswegs vom institutionellen Kontext ihrer Heimatbasis ab – vielmehr steigt mit der Distanz in einem geografisch über diverse Standorte verteilten System die Interdependenz, das Angewiesensein auch auf heimische Leistungen.

Für die Beschäftigten an hiesigen Standorten und ihre Interessenvertretung ist diese Entwicklung nicht einseitig als Erosion ihrer Machtposition zu interpretieren. Zwar verschieben allein schon die erweiterten Möglichkeiten, Qualitätsproduktion auch an kostengünstigen Auslandsstandorten anzusiedeln, das Kräfteverhältnis zugunsten des Kapitals und nötigen der

Arbeit Zugeständnisse bei Beschäftigungsbedingungen, Entlohnung und Arbeitsbedingungen ab. Gleichzeitig eröffnet globale Qualitätsproduktion für alte und neue Beschäftigtengruppen an deutschen Standorten neue Quellen von Primärmacht. Die Akzentuierung von deutschen Standorten zu Innovations-, Kompetenz- und Koordinationszentren globaler Netze geht zum einen mit einer



Herrigel, Gary; Voskamp, Ulrich; Wittke, Volker (2017): Globale Qualitätsproduktion – Transnationale Produktionssysteme in der Automobilindustrie und im Maschinenbau. Internationale Arbeitsstudien, Band 15. Frankfurt, New York: Campus Verlag, ISBN 978-3593506463, 39,95 EUR

strategischen Aufwertung von Produktionsarbeit einher, spielt sich also eher in traditionellen Bastionen kollektiver Interessenvertretung ab. Zum anderen entstehen neue Machtressourcen rund um global ausgerichtete Innovations- und Koordinationsaufgaben auch in Beschäftigtengruppen, die in Mentalität, beruflicher Orientierung und Interessenlage nicht unbedingt auf kollektives Handeln hin disponiert sind. Ob diese Machtressourcen für betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung erschlossen werden können, ist erst einmal offen und hängt nicht zuletzt auch daran, wie die

vorhandenen Ansätze gestaltet und genutzt werden.

Anmerkung

- 1 Der vorliegende Beitrag beruht auf Arbeiten im Projekt „Globale Komponentenproduktion“, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung, vgl. Herrigel/Voskamp/Wittke 2017.

Literatur

- Crozier, Michel; Friedberg, Erhard (1979): Macht und Organisation – die Zwänge kollektiven Handelns. Königstein im Taunus: Athenäum-Verlag.
- Herrigel, Gary; Voskamp, Ulrich; Wittke, Volker: Globale Qualitätsproduktion – Transnationale Produktionssysteme in der Automobilzulieferindustrie und im Maschinenbau. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Müller-Jentsch, Walther (1999): Konfliktpartnerschaft. Akteure und Institutionen der industriellen Beziehungen. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. München, Mering: Rainer Hampp Verlag.
- Streeck, Wolfgang (1997): Beneficial Constraints: On the Economic Limits of Rational Voluntarism. In: Hollingsworth, J. Rogers; Boyer, Robert (Hrsg.): Contemporary Capitalism: The Embeddedness of Institutions. Cambridge: Cambridge University Press, S.197–219.
- Streeck, Wolfgang (2016): Von Konflikt ohne Partnerschaft zu Partnerschaft ohne Konflikt: Industrielle Beziehungen in Deutschland. In: Industrielle Beziehungen 2016, H. 1, S.47–60.
- Sorge, Arndt; Streeck, Wolfgang (1988): Industrial Relations and Technical Change: The Case for an Extended Perspective. In: Hyman, Richard; Streeck, Wolfgang (Hrsg.): New Technology and Industrial Revolution. Oxford: Basil Blackwell, S.19–47.
- Sorge, Arndt; Streeck, Wolfgang (2016): Diversified Quality Production Revisited: The Transformation of Production Systems and Regulatory Regimes, MPIfG Discussion Paper 16/13. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Neue Herausforderungen für Akteure der Hafenwirtschaft

Seehäfen – verstrickt in globale Lieferketten

Klaus-Peter Buss

Von Seehäfen geht eine eigenartige Faszination aus, die sowohl von ihrer historisch gewachsenen Bedeutung für die Stadt und als ‚Tor zur Welt‘ als auch durch die eingesetzte riesenhafte Technik geprägt ist. Leicht aus dem Blick gerät aber, wie eng ihre Entwicklung mit der Globalisierung der Wirtschaft und ihrer Einbindung in globale Austauschbeziehungen verknüpft ist. Heute hängt der Erfolg eines Hafens vor allem davon ab, wie es den Unternehmen und den öffentlichen Akteuren der Hafenwirtschaft gelingt, den Hafen in globalen Lieferketten zu positionieren. Der Artikel stellt Ergebnisse einer im Wesentlichen literaturbasierten Branchenanalyse zur Hafenwirtschaft vor, die der Autor für die Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt hat und die demnächst erscheinen wird.

Von der lokalen Infrastruktur zur globalen Branche

Vielfach können Häfen auf eine lange Geschichte zurückblicken, in der sie – wie etwa die Seehäfen von Bremen, Hamburg, Lübeck oder Rostock – zunächst durch den seit dem Mittelalter ausgreifenden Seehandel, später durch die mit der Industriellen Revolution weiter zunehmenden internationalen Handelsbeziehungen zunehmend an Bedeutung gewannen. Diese

jahrhundertealte Tradition von Frachtschifffahrt und Hafenumschlag prägt heute oftmals den Blick auf den Hafen, verdeckt damit aber leicht, von welcher zentraler volks- und weltwirtschaftlicher Bedeutung der maritime Handel und damit insbesondere die Seehäfen auch heute noch sind. Durch die beschleunigte Globalisierung der letzten Jahrzehnte erhielt die Entwicklung des internationalen Handels einen neuerlichen Schub, der der Hafenwirtschaft insbesondere in den 1990er und 2000er

Jahren hohe Zuwachsraten bescherte. 2015 überstieg der Umfang des weltweiten seebasierten Handels nach Schätzungen der Welthandelskonferenz erstmals die Marke von zehn Milliarden Tonnen. Über die Hälfte des europäischen Außenhandels – über 1,7 Bill. € in 2015 – wird über die Seehäfen der EU-Staaten abgewickelt, fast 60 % der in der EU produzierten Autos (9,4 Mio. von 16 Mio. in 2013) werden über einen der EU-Seehäfen in die Welt verschifft. Gerade auch die deutsche Wirtschaft



Foto: Sven Böhrne / JadeWeserPort

Mega-Schiff Mary Maersk im JadeWeserPort, Wilhelmshaven – Länge: 399 m, Breite: 59 m, Tiefgang: 15,50 m, Ladekapazität: 18.200 Standardcontainer (TEU)



Foto: Diemar Hasenpusch / Hafen Hamburg, <https://www.hafen-hamburg.de>

Mega-Carrier im Hamburger Hafen: Wendemanöver sind Präzisionsarbeit

hängt an den maritimen Lieferketten: Etwa ein Viertel des gesamten deutschen Außenhandels wird über die deutschen Seehäfen abgewickelt.

Lange Zeit wurden Häfen primär als homogene Bestandteile der nationalen Logistikinfrastruktur betrachtet. Der Hafen als lokale Einheit unterschiedlicher Akteure entwickelte seine Attraktivität durch Anpassung und Ausbau des hafenspezifischen Dienstleistungsangebotes; die Akteure – öffentliche Hafeneigentümer und privatwirtschaftliche Hafenbetreiber – waren eng miteinander vernetzt und der lokalen bzw. regionalen Ökonomie verbunden. Eine solche Beschreibung wird den Häfen jedoch immer weniger gerecht. Die weltwirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist durch eine zunehmend komplexe globale Verflechtung der industriellen Produktion und eine rapide vorangeschrittene Intensivierung des Welthandels mit einer entsprechenden Ausweitung des internationalen Güter- und Warenaustauschs gekennzeichnet. In der Umsetzung globaler Wertschöpfungsketten und der Aufrechterhaltung des weltweit organisierten Produktionsflusses sind der Seetransport und damit auch die Hafenwirtschaft von zentraler Bedeutung: Für fast jedes Produkt, mit dem wir in Berührung kommen, gilt, dass es in seinem Entstehungsprozess und/oder in dem seiner Produktionsmittel zu maritimen Transportprozessen und entsprechenden Umschlagprozessen in einem Seehafen kommt.

Entsprechend ist im Wettbewerb der Häfen heute nicht nur die infra- und suprastrukturelle Ausstattung eines Hafens¹, sondern auch seine Verortung im umfassenderen Kontext der Lieferketten von Bedeutung. Im internationalen Hafenwettbewerb versuchen die Häfen ihre Wettbewerbsposition gegenüber anderen Häfen nicht nur durch Rationalisierung und Optimierung der Hafenprozesse, sondern vor allem auch durch ein Ausgreifen auf vor- und nachgelagerte Logistikprozesse und den Ausbau ihrer Hinterlandanbindung und ihres Umschlagsvolumens auf andere Verkehrsträger zu stärken und so ihre Attraktivität für Versender und

Logistikakteure zu erhöhen bzw. eigene Marktanteile im Logistikgeschäft zu erringen. Entsprechend verändern sich der Charakter des Hafenwettbewerbs und die Anforderungen an die Unternehmen und die öffentlichen Akteure in den Häfen.

Globalisierung und Lieferkettenintegration der Hafenwirtschaft

Die großen Seehäfen haben heute eine wichtige Drehkreuz-Funktion in den globalen Lieferketten. Den Hintergrund hierfür bildet ein Wandel der Produktionsstrategien der globalisierten industriellen Produzenten hin zu regional verteilten Produktionsprozessen (siehe auch den Artikel zur globalen Qualitätsproduktion in diesem Heft), mit dem ein entsprechender Wandel auch der Logistikkonzepte einhergeht: Vor dem Hintergrund zunehmend flexibler und dezentralisierter Produktionskonzepte und global organisierter Produktionsprozesse, sich verkürzender Innovationszyklen und steigender Kostensensibilität werden Logistikunternehmen immer enger in die Wertschöpfungsketten ihrer Kunden integriert. Für die Logistikunternehmen geht es nun immer mehr um das kunden- und prozessorientierte Management unternehmensübergreifender nationaler und internationaler Liefer- oder Logistikketten (*supply chains*) und darum, die Einzelabschnitte



Foto: Axel Blewter / JadeWeserPort

Erstmals in einem deutschen Hafen: das (derzeit) größte Containerschiff der Welt, die OOCL Hongkong (Transportkapazität 21.413 Standardcontainern), im Juli 2017 im JadeWeserPort, Wilhelmshaven (Blick von der Schiffsbrücke auf die Containerbrücken)



Containerterminal in Bremerhaven: Containerbrücken

der Lieferkette besser aufeinander abzustimmen und die Gesamtlieferkette zu optimieren. Entsprechend verändert sich das Zusammenspiel von hafensexternen Logistikunternehmen und Hafenwirtschaft: Der verstärkte Fokus der Logistikkonzepte auf die Koordination von Lieferketten bedeutet für die Häfen, dass Logistikkdienstleister, Reedereien und Schifffahrtsunternehmen bei ihrer Routenplanung immer weniger einen Hafen allein als Hafen auswählen, sondern ihre Wahl immer stärker an der Gesamtlieferkette orientieren, in der der Hafen nur einen – wenngleich wichtigen – Knotenpunkt darstellt. Wo ein Gut umgeschlagen wird, hängt immer weniger allein am Hafen und seinen Gegebenheiten, sondern vor allem auch daran, welche Auswirkungen die Hafenauswahl auf die Fortsetzung der Lieferkette über den Hafen hinaus hat.

Um sich im Hafenwettbewerb zu behaupten, müssen die Häfen sich daher in die globalen Lieferketten integrieren. In der Folge entwickeln die Hafenwirtschaftsunternehmen Strategien der horizontalen und vertikalen Integration und beginnen sich aus dem lokalen Hafenkontext hinauszuentwickeln. Aus den lokalen Terminalbetreibern werden Logistikunternehmen, die zum Teil auch weit über die eigene Region hinaus Aktivitäten entfalten, die vom Terminalbetrieb in anderen Häfen bis hin zum europaweiten Betrieb von Güterbahnunternehmen reichen. Auf der anderen Seite wird der Hafen als

Logistikdrehscheibe und Knotenpunkt in der Lieferkette aber auch aus externer Perspektive als Investitionsziel interessant, und als Betreiber insbesondere der umschlagstarken, großen Häfen finden sich – seit den 1990er Jahren zunehmend – auch große Seeschifffahrtsunternehmen, internationale Hafenwirtschaftskonzerne und hafenumabhängige Finanzmarktakteure, wobei dieser Prozess in Deutschland noch nicht weit fortgeschritten ist.

Häfen unter Reorganisationsdruck

Durch die von Globalisierung und Lieferkettenintegration ausgehenden Anforderungen sowie eine seit dem krisenbedingten Einbruch 2008/2009 vielfach vorherrschende Unterauslastung sehen sich die Häfen in jüngerer Zeit einem gestiegenen Reorganisationsdruck für die hafenen internen Prozesse ausgesetzt. Dieser kommt gerade in der Konkurrenz der großen europäischen Nordseehäfen zum Tragen, und die Häfen verfolgen verschiedene Initiativen zur Automatisierung und Digitalisierung der hafeneconomic Prozesse. Trotzdem ist das Automatisierungstempo in der Hafenwirtschaft insgesamt allerdings aufgrund der damit verbundenen sehr hohen Investitionskosten sowie aufgrund der Marktentwicklung mit Umschlagsüberkapazitäten und einem nur begrenzten Wachstum nicht besonders hoch. Zwar gibt es immer wieder ‚early adopters‘ mit Leuchtturmprojekten, die

breite Durchsetzung der Automatisierung erweist sich jedoch als langwieriger Prozess. Auch viele Digitalisierungsprojekte stehen noch am Anfang. Trotzdem sitzt die Skepsis gegenüber neuen Automatisierungs- und Digitalisierungsinitiativen in den Hafenbelegschaften nicht zuletzt vor dem Hintergrund der massiven Arbeitsplatzverluste in der Vergangenheit tief. Unter Management und Interessenvertretungen der Hafenwirtschaft herrscht eine hohe Einigkeit in der Einschätzung, dass auch die aktuellen Automatisierungs- und Digitalisierungsprozesse zwar zu einer Aufwertung von Arbeitsplätzen, aber auch zu einer weiteren Reduzierung der Hafendarbeitsplätze führen werden.

Der Wettbewerb in der Seeschifffahrt und seine Auswirkungen auf die Häfen

Ein weiterer zentraler Einflussfaktor auf die Entwicklung der Hafenwirtschaft und des Hafenwettbewerbs sind die aktuellen Entwicklungen in der Seeschifffahrt. Der globale Seegüterverkehr durchlebte seit den 1990er Jahren vor dem Hintergrund des globalen, insbesondere asiatischen Wirtschaftswachstums und der Zunahme der globalen Produktions- und Austauschbeziehungen eine lange Boom- und Wachstumsphase, die 2008 zu einem abrupten Ende kam. Die Finanzkrise und der durch sie hervorgerufene deutliche Einbruch des Welthandels führten die Seeschifffahrt und insbesondere die Containerseeschifffahrt in eine tiefe und nach wie vor anhaltende Krise und einen teils ruinösen Preiswettbewerb auf See. Mit immer größeren Schiffsneubauten versuchen die Reedereien Skaleneffekte zur Kostenreduzierung zu erzielen. Der dauerhafte Preiswettkampf und die hohen Investitionskosten überfordern dabei inzwischen selbst große Reedereien und treiben die Konzentrations- und Konsolidierungsprozesse in der Branche voran. Zwischen 2000 und 2015 ist allein der Marktanteil der drei größten Containerreedereien von 24,3 % auf 38,5 % der Ladekapazitäten gestiegen, ihr Anteil an der weltweiten Containerhandelsflotte von 13,4 % auf 29,8 % der Schiffe. Zugleich schließen sich die Reedereien zunehmend zu Allianzen

zusammen. 2017 erreichten die Konzentrationsprozesse in der Branche so einen neuen Höhepunkt, beherrschen doch nunmehr drei Reedereiallianz rund drei Viertel des Weltmarktes für Containertransporte.

In der Folge sehen die Häfen sich zum einen mit immer weniger, dafür aber immer verhandlungsmächtigeren Reedereien konfrontiert. Diese erheben nicht nur immer höhere Ansprüche an die Dienstleistungsqualität der Häfen und die Senkung der Umschlagskosten, sondern reorganisieren und optimieren auch ihre Liniennetze, sodass die Hafenwirtschaftsunternehmen beständig mit dem Risiko umgehen müssen, große und umschlagstarke Kunden zu verlieren. Zum anderen sind die Häfen damit gezwungen, mit den kollateralen Folgen der Wettbewerbsstrategien der Reedereien umzugehen, ohne diese an den Kosten beteiligen zu können. Dies gilt insbesondere für die Folgen des von den Reedereien vorangetriebenen Größenwachstums der Schiffe. So wuchs die weltweite Containerhandelsflotte zwischen 2000 und 2015 um 41,3%, ihre Ladekapazität aber um fast 300%. Die aktuell größten Containerfrachter

kommen auf eine Länge von 400 m und Breite von fast 60 m bei einem Tiefgang von 16 m und haben eine Ladekapazität von über 21.000 Standardcontainern (TEU). Längst nicht alle Häfen sind mit ihrer Infra- und Suprastruktur auf solche Megafrachter eingestellt. Neben dem Tiefgang, der eine Vertiefung von Hafenzufahrten und Hafenbecken erfordert (siehe die Diskussion um Elb- und Weservertiefung) betrifft dies auch die Durchfahrthöhe von Brücken wie der Hamburger Köhlbrandbrücke oder die Auslegerweite der riesigen Containerbrücken. Zugleich wachsen mit der Transportkapazität der Schiffe aber auch die logistischen Anforderungen in der Bewältigung der sich immer stärker konzentrierenden Frachtmengen, die im Hafen zwischengelagert und von dort aus weiter transportiert werden müssen.

Rolle der öffentlichen Hafeneigentümer im Wandel

Die meisten deutschen Häfen befinden sich historisch bedingt bis heute in kommunalem bzw. Landeseigentum. Dies gilt insbesondere für die deutschen Seehäfen, deren enges

Stadt-Hafen-Verhältnis oftmals bereits zu Zeiten der Hanse im Mittelalter begründet wurde. Infolge der oben skizzierten Entwicklungen bewegen sich die öffentlichen Hafeneigentümer jedoch in einer zunehmend widersprüchlichen Rolle zwischen ökonomischen und öffentlichen Interessen in der Entwicklung des Wirtschafts- und Logistikstandortes Hafen. Der Hafen ist eine wichtige Einnahmequelle, ein wichtiger Knotenpunkt des Personen- und Warenverkehrs, stützt die wirtschaftliche Entwicklung weit über die Region hinaus. Entsprechend stellt die Gestaltung der Infrastruktur immer auch ein wichtiges wirtschafts- wie verkehrspolitisches Steuerungsinstrument dar, wenn es etwa gilt, den Standort zu entwickeln, Güterströme von der Straße auf die Schiene oder den Wasserweg umzuleiten oder Ansiedlungen zu fördern. Zugleich müssen die öffentlichen Akteure aber auch mit den negativen Effekten des Hafenbetriebs in Form von Verkehrsaufkommen, Umweltbelastung oder Flächenverbrauch umgehen, sodass bei Investitionen in die oftmals großflächigen Hafeninfrastrukturen die verschiedenen wirtschafts-, verkehrs-, umwelt-, städtebau- und



Foto: Michael Lindner / Häfen Hamburg, <https://www.hafen-hamburg.de>

Containerterminal Altenwerder, Hamburg: Die Blocklager stapeln und sortieren die Container voll automatisch

haushaltspolitischen Interessen leicht in Widerstreit geraten.

Mit den oben skizzierten Entwicklungen verändern sich nun die Bedingungen zur Ausbalancierung der widersprüchlichen Interessenlagen. Die oben beschriebenen Trends tragen tendenziell dazu bei, dass auch die öffentlichen Hafenaakteure – öffentliche Hafeneigentümer und Politik – immer stärker eine hafenwirtschaftliche Perspektive einnehmen müssen. Je stärker sich die Hafenwirtschaft in globale Lieferketten integriert und der Hafen mit anderen Häfen um Umschlagsvolumina, eine Einbeziehung in die Fahrpläne der Liniendienste der großen Schifffahrtsallianzen und die Berücksichtigung als Anlaufpunkt auch für die großen Megafrachter konkurriert, desto schwerer lassen sich die Grenzen zwischen öffentlich finanzierter und bereitgehaltener Infrastruktur und privatem, profitorientiertem Hafenbetrieb ziehen. Entsprechend wandeln sich die Anforderungen an die öffentlichen Hafeneigentümer und an die politische Einbettung der Hafenentwicklung. Dies schlägt sich zum einen insbesondere auch in einem Wandel der Hafenämter als Sachwalter der öffentlichen Hafeneigentümer nieder, die aus ihrer Rolle der Infrastrukturverwaltung herauswachsen und deren Bedeutung für die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der Häfen wächst. Zum anderen gewinnen für die Häfen, in dem Maße, in dem sie sich von einer lokalen Infrastruktur zu einem Knotenpunkt globaler Lieferketten entwickeln, aber auch politische Gestaltungsprozesse und deren Auswirkungen auf den Hafenwettbewerb an Bedeutung.

Herausforderungen der Hafens- und Infrastrukturpolitik

Spätestens seit der Wirtschaftskrise 2008 hat sich die politische Aufmerksamkeit für die Entwicklung der Häfen und ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf der nationalen wie internationalen Ebene verstärkt. Insbesondere auf der europäischen Ebene findet sich eine Reihe von politischen Initiativen, die die Rahmenbedingungen des europäischen Hafenwettbewerbs prägen. Besonders hervorzuheben sind hier zum einen die Bemühungen der EU-Kommission

um eine EU-weite Regulierung des Hafenwettbewerbs, einem angesichts der engen regionalen Verflechtungen von staatlicher Infrastrukturpolitik und privatwirtschaftlichen Interessen sehr komplexen Unterfangen. Nachdem die Kommission mit zwei Vorstößen zu einer Zwangsöffnung der Märkte und Liberalisierung der Hafenwirtschaft am europaweiten, breiten politischen Widerstand insbesondere auch der Hafenarbeiter und Gewerkschaften scheiterte, wurde im Frühjahr 2017 von Europaparlament und Europarat schließlich eine entsprechende Verordnung erlassen. Diese soll die Grundlage für gleiche Wettbewerbsbedingungen legen und verzichtet dabei auf einen Großteil der Liberalisierungsziele, muss nun aber von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Zum anderen ist an dieser Stelle auf die europäische Infrastrukturpolitik und den angestrebten Aufbau eines transeuropäischen Transportnetzwerkes (TEN-T) zu verweisen. Allerdings steht auch diese Initiative der EU-Kommission in der hafenspolitischen Kritik. Ein Kritikpunkt ist, dass die EU-Infrastrukturinitiative TEN-T zwar auf innereuropäische Vernetzung ausgerichtet sei, die Häfen damit aber vor allem als Endpunkte eines innereuropäischen Transportnetzwerkes und nicht als Knotenpunkte globaler Lieferketten sehe. Entsprechend umfasst das TEN-T-Konzept – auch um die Interessen der EU-Mitgliedsstaaten breit zu berücksichtigen – über ein Viertel der rund 1.200 gewerblichen Seehäfen der EU, statt sich auf ausgewählte Häfen zu fokussieren.

Die internationalen Entwicklungen betreffen, dies ist deutlich, nationale Interessen der Mitgliedsstaaten. In dem Maße, in dem für die Häfen die europäische Hafenkonkurrenz steigt, gewinnen sowohl nationale und regionale Politiken zur Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der Häfen als auch ein koordiniertes Vorgehen auf internationaler Ebene an Bedeutung. Eine bundesdeutsche Hafenpolitik gewinnt allerdings erst in jüngerer Zeit an Kontur: 2009 verabschiedete die Bundesregierung ein erstes Nationales Hafenkonzept, in dem erstmalig die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der deutschen See- und Binnenhäfen beschrieben

wurden. Diesem noch stark von der traditionellen Infrastrukturperspektive auf Häfen geprägten ersten Hafenkonzept folgte im Januar 2016 ein wesentlich umfassenderes neues Nationales Hafenkonzept. Ausgehend von den durch die Weltwirtschaftskrise und die neueren geopolitischen Entwicklungen veränderten strukturellen und politischen Bedingungen und den neuen wirtschaftlichen und logistischen Herausforderungen für die Hafenwirtschaft, orientiert das Konzept nun deutlicher auf die Wettbewerbsposition der deutschen See- und Binnenhäfen. Allerdings attestiert es auch einen hohen und nach wie vor steigenden strategischen Abstimmungsbedarf zwischen Bund und Ländern. Hierzu zählen sowohl die Zielsetzung, politisch die Bildung von Kooperationen und strategischen Allianzen zwischen den Häfen (die sich in der Regel noch immer im Eigentum von Kommunen oder Bundesländern befinden) voranzutreiben als auch die wachsende Notwendigkeit, in der europäischen Hafenspolitik koordinierter aufzutreten. Bereits die nationale Abstimmung von Hafenentwicklungsplanungen und hafensbezogenen Infrastrukturinvestitionen stellt dabei kein leichtes Unterfangen dar: Zwischen dem Bund und den Bundesländern, bei denen die Entscheidung über Hafeninvestitionen liegt, gibt es, wie der Europäische Rechnungshof 2016 feststellte, keine wirksame Koordinierung. Erst mit dem Nationalen Hafenkonzept 2016 wurden neue Koordinations- und Steuerungsinstrumente entwickelt, die sich jedoch erst noch beweisen müssen.

Anmerkung

- 1 Suprastruktur bezeichnet die auf den Hafensflächen erstellten Gebäude sowie dort genutztes technisches Gerät wie Containerbrücken, Rampen oder Flurförderzeuge. Während Zufahrten, Kai- und Gleisanlagen (Infrastruktur) vom i. d. R. öffentlichen Eigentümer der Hafensimmobilie erstellt werden, wird von den Umschlagsunternehmen auf den von ihnen gepachteten Hafensflächen die für den Güterumschlag benötigte Suprastruktur betrieben.

Konferenzbericht

Workers of the World – Exploring global perspectives on labour from the 1950s to the present

David Mayer

Wie lassen sich globale Perspektiven auf Veränderungen der Arbeitswelt entwickeln, die über die vereinfachende Diagnose eines allumfassenden „race to the top“ (oder: „to the bottom“) hinausgehen – und nicht beim Verweis auf zunehmende Unübersichtlichkeit stehenbleiben? Vom 28.–30. Juni 2017 haben das Soziologische Forschungsinstitut (SOFI) und die VolkswagenStiftung zu einem internationalen Symposium nach Hannover ins Schloss Herrenhausen geladen, um diese Fragen zu diskutieren. Etwa 150 Teilnehmer/innen aus mehr als zwanzig Ländern sind der Einladung gefolgt – darunter prominente Kolleg/innen aus aller Welt (Keynotes: Jan Breman, Paul Thompson und Beverly Silver) sowie eine beeindruckende Zahl jüngerer Wissenschaftler/innen aus Arbeitssoziologie, Geschichte, Politikwissenschaft, Anthropologie oder Area Studies. Für uns hat diese Konferenz dreierlei deutlich gemacht: Wir brauchen erstens mehr Austausch zwischen verschiedenen Strömungen der Arbeitsforschung, denn in Hannover sind weitgehend getrennte Welten aufeinander getroffen und haben sich gegenseitig produktiv verunsichert. Selbst wenn sich (zweitens) empirische Forschung, etwa in der Arbeitssoziologie, auf eine bestimmte Region oder einen einzigen Nationalstaat richtet, ist die Auseinandersetzung mit Befunden zu anderen Weltregionen fruchtbar – diesen Verfremdungseffekt gilt es, gezielt zu organisieren. Die kritische Auseinandersetzung mit globalen Veränderungen des Kapitalismus steht (drittens) aktuell weit oben auf der Tagesordnung – und an Arbeit geht dabei kein Weg vorbei. Die Konferenz war ein produktiver Auftakt für Debatten über die Entwicklung von Arbeit und über Schritte in eine bessere Arbeitswelt im Interesse der „Workers of the World“. Im Folgenden dokumentieren wir den Konferenzbericht¹, den David Mayer (Centre for Modern Indian Studies, Georg-August-Universität Göttingen) im Auftrag der VolkswagenStiftung verfasst hat, in deutscher Übersetzung. Nicole Mayer-Ahuja

Das Interesse an „Arbeit“ ist in den letzten Jahren erneut stark angestiegen. Das ist nicht verwunderlich, da die Arbeitswelt gegenwärtig eine Reihe tiefgreifender Veränderungen und Übergänge erlebt, wie beispielsweise die starke Zunahme der lohnabhängig Beschäftigten, die weltweit zu beobachten ist. Diese umfassenden Veränderungen kommen auch in Debatten über Schlüsselwörter wie „Informalisierung“, „Digitalisierung der Arbeit“, „zunehmende Arbeitslosigkeit“ oder, abermals, „Ende der Arbeit“ zum Ausdruck. Gleichzeitig bleibt die Forschung zu diesem Thema fragmentiert entlang unterschiedlicher Disziplinen und Denkansätze, die kaum in Dialog zueinander treten. Trotz gegenteiliger Ansprüche bleiben die meisten Untersuchungen außerdem national begrenzt. Das Symposium „Workers of the World“ in Hannover setzte sich daher zwei ambitionierte Ziele: Erstens, danach zu fragen, wie globale

Perspektiven entwickelt werden können – Betrachtungsweisen, mit denen es möglich ist, lokale Gegebenheit mit übergreifenden Dynamiken zusammen zu denken, und die über vorgefasste Vorstellungen von Arbeit im Zeitalter der Globalisierung hinausgehen. Zweitens sollten die beteiligten Forscher/innen angeregt werden, die „Komfortzone“ ihres disziplinären Backgrounds und ihres spezifischen Fachgebiets zu verlassen. Zu diesem Zweck bot die Konferenz ein eindrucksvoll breites Spektrum an

Beiträgen in Form von drei Keynotes sowie zahlreichen Paper- und Poster-Vorträgen. Das erklärte Ziel war, Debatten anzuregen und gewohnte Sichtweisen auf den eigenen Forschungsgegenstand zu verfremden. Wie zahlreiche Teilnehmer/innen bestätigten, hatte diese Strategie Erfolg und die Konferenz wurde so zu einer der relativ seltenen akademischen Veranstaltungen, die es tatsächlich schaffen, Gewohnheiten aufzubrechen und neue Perspektiven zu eröffnen. In Anbetracht der großen Anzahl an Diskussionsbeiträgen wird sich diese Zusammenfassung auf die grundlegenden Linien der Debatten fokussieren. Dabei wird es allerdings nicht möglich sein, dem vielfältigen Wissen gerecht zu werden, das in den Vorträgen, Kommentaren und Postern enthalten war.

Foto: David Carreno Hansen für VolkswagenStiftung



Keynote: Jan Breman, Amsterdam

Die Konferenz war in drei große thematische Linien aufgeteilt, mit jeweils spezifischen Blickwinkeln auf Arbeit: (1) die politische

Regulierung von Arbeit („the political regulation of labour“); (2) Arbeit im Produktionsprozess („labour at the site of production“); (3) kollektives Handeln und Politiken der Arbeit („collective action and the politics of labour“).

Dem Hauptziel der Konferenz folgend – verschiedene Disziplinen und Fachgebiete zusammenzuführen – wurde die Konferenz durch Beiträge von

Streitfragen: Eine davon ist die These eines „Race to the bottom“ mit sich grundsätzlich verschlechternden Löhnen und Arbeitsbedingungen im Kontext eines sowohl geografisch als auch politisch entfesselten Kapitalismus. Eine andere Frage war, ob gemeinsame Interessen zwischen Beschäftigten, die unter divergenten Bedingungen arbeiten und leben, artikuliert und politisch nutzbar gemacht werden kön-

die Bedeutung von Klassenunterschieden in allen sozialen Konflikten durchaus weiterhin präsent sei. Rina Agarwala (Baltimore) führte mit informeller Arbeit eins der Hauptthemen der Konferenz ein. Jahrelange Forschungen hätten gezeigt, dass Informalität weder ein Relikt aus der Vergangenheit noch ein reines Produkt des jüngsten Neoliberalismus, sondern ein fundamentaler Bestandteil des modernen Kapitalismus selbst sei. Informalität und informelle Arbeiter sollten nicht als außerhalb der formellen Ökonomie, sondern als eng verbunden mit dem zwischen Arbeit, Staat und Unternehmen bestehenden Regulierungsdreieck (oder Nicht-Regulierungsdreieck) angesehen werden. Marcel van der Linden (Amsterdam) stellte wesentliche Standpunkte aus dem Feld der Globalgeschichte der Arbeit vor. Er schlug vor, den Begriff des „Arbeiters“ radikal auszuweiten und ihn nicht nur auf freie Lohnarbeit, sondern auch auf Sklaven und unfreie Arbeiter sowie Arbeiter der Landwirtschaft, Selbstständige, informelle, häusliche oder Bedarfsarbeiter zu beziehen. Seine zentrale These war, dass gegenwärtig, auf Grund einer weltweiten Krise von Arbeiterbewegungen und -parteien sowie einer abgerissenen Verbindung zwischen arbeitsbezogenen sozialen Konflikten und ideologisch-politischen Projekten, ein langer, im späten 18. Jahrhundert begonnener Kampfzyklus zu Ende gehe. Es sei die Aufgabe von Arbeitshistoriker/innen solche Kampfzyklen zu analysieren, zu verstehen und wenn möglich, davon zu lernen. In der Debatte wurde diese These teils mit Zustimmung begrüßt, teils aber auch als übermäßig düster kritisiert – was den Weg für eine wiederkehrende Kontroverse über den Widerspruch von pessimistischen und optimistischen Sichtweisen ebnete.

In seiner anschließenden Keynote nannte Jan Breman (Amsterdam) weitere Argumente für eine eher negative Einschätzung der heutigen Lage der Arbeiterklasse und ihrer Möglichkeiten, ihre Interessen und Rechte zu verteidigen. Ausgehend von einer historischen Betrachtung stellte er heraus, wie der Wohlfahrtsstaat im globalen Norden sowohl als ein Ergebnis von Kämpfen als auch ein Instrument von Staaten bzw. Unternehmen zu begreifen sei. Er



Foto: David Carreno Hansen für VolkswagenStiftung

Nicole Mayer-Ahuja (SOFI)

vier „Feldkartografen“ („Mapping the field“) eröffnet, die unterschiedliche Dimensionen der Situation von Arbeit, Arbeitenden und deren Bewegungen, sowohl aus heutiger als auch historischer Perspektive, beleuchteten. Nicole Mayer-Ahuja (Göttingen) verwies auf einige zentrale Themen der Konferenz: Sie betonte, wie „Arbeiter“ eine einerseits tendenziell homogene (alle Lohnarbeitenden teilen die Notwendigkeit, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können) und andererseits je nach Region, Situation und Status stark differenzierte Kategorie darstellen. Dieser Widerspruch zwischen einer „flachen“ Welt mit ähnlichen Positionen und gemeinsamen Tendenzen, und einer Welt voller Fragmentierungen, Spezifizierungen, oder gar Inkommensurabilitäten zog sich wie ein roter Faden durch die Debatten der Konferenz. Er trennte die Forscher/innen jedoch nicht nur in „Lumper“ und „Splitter“, wie es häufig betitelt wird, sondern produzierte auch brennende akademische und politische

nen, um Arbeitsrechte zu verbessern. Mayer-Ahuja betonte zudem die entscheidende Bedeutung von „Zeit“ und „historischem Kontext“ in der Arbeitsforschung: Gegenwärtige Konstellationen und Veränderungen könnten nicht verstanden werden, ohne dass sie in langfristige Entwicklungen eingebettet würden. Diesbezüglich seien die 1970er als Wendepunkt anzusehen: Sie trennten ein dreißigjähriges, durch arbeitsregulierende Staatspolitiken und starke Arbeiterbewegungen charakterisiertes „Vorher“ von einem „Nachher“, das sowohl durch den Staat als auch durch das Kapital in Richtung Informalisierung gedrückt werde.

Die drei folgenden „Feldkartografen“ griffen diese Themen erneut aus unterschiedlichen Perspektiven auf: Peter Alexander (Johannesburg) fragte nach der Relevanz von „Arbeit“ für heutige Proteste und Politik. Er betonte, wie stark Arbeitskämpfe – zumindest aus Sicht der beteiligten Akteure – aus Volksaufständen verschwunden seien, während

analysierte, wie der Wohlfahrtsstaat in der Nachkriegszeit während der „trentes glorieuses“ zu einem scheinbar stabilen Arrangement wurde – dessen Existenz allerdings auf komplexe Art an seine Nicht-Realisierung im dekolonialisierten globalen Süden gebunden war – und wie die Aufkündigung dieses Arrangements seit Mitte der 1970er die Arbeitenden in eine immer hilfloser erscheinende Lage gebracht hat. Ein „Race to the bottom“, schlussfolgerte Breman, sei in der Tat in vollem Gange.

In der weiteren Debatte entlang der drei Hauptlinien wurden diese unterschiedlichen Sichtweisen weiter vertieft. Im ersten Strang zur politischen Regulierung von Arbeit stellte Bob Hancké (London) den „Varieties of Capitalism“-Ansatz als eines der zentralen Instrumente dar, Regulation auf interregionaler Ebene zu verstehen. Dieser Ansatz helfe, Kapitalismus als zwischen Regionen bzw. Ländern variierend zu begreifen, und dabei als stark beeinflusst von institutionellen Regulierungen der Interaktion von Arbeit und Kapital. Wie die Debatte deutlich machte, setzt eine kritische Analyseperspektive jedoch voraus, nach weiteren Bedingungsfaktoren des Kapital-Arbeits-Verhältnisses zu fragen (bspw. auf der Unternehmens-ebene nach Finanzströmen oder transnationalen Verflechtungen). Eine Reihe von Vorträgen setzte sich mit solchen unterschiedlichen Regulationsebenen auseinander: von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und den Bestrebungen, ein multilaterales politisches Rahmenkonzept zur Regulierung von Arbeit zu schaffen (Sandrine Kott, Genf), über variierende staatliche Versuche, Arbeitsmigration zu regulieren (Ben Scully, Johannesburg) bis zu, erneut, den schwierigen Wegen „informelle“ und „prekäre“ Arbeit nicht als außerhalb, sondern als Feld staatlicher Politik zu begreifen (ein Thema, das von Nick Bernards (Kingston), Irene Pang (Providence) und Bernard Thomann (Paris) unterschiedlich aufgearbeitet wurde). Andere Vorträge verdeutlichten, wie Gewerkschaften und andere Akteure der Arbeiterbewegung selbst an der gegenwärtigen Entwicklung prekärer Arbeitsbeziehungen beteiligt waren (Ralf Hoffrogge, Berlin; Ian Campbell, Melbourne).

Die zweite Diskussionslinie richtete ihre Aufmerksamkeit auf Arbeit im Produktionsprozess. Damit ist einer der Hauptansätze der Arbeitswissenschaften angesprochen, nämlich die Arbeitsprozessstheorie. In einer erfrischend selbstreflektierten Keynote präsentierte Paul Thompson (Stirling) einige fundamentale Grundsätze dieses Ansatzes: der Arbeitsprozess selbst ist Ort der Konflikte; das Handeln, die „Agency“ von Arbeitenden wird nicht nur durch Arbeiterbewegungen artikuliert, sondern auch auf „niedrigeren“ Ebenen; zudem sollten „Arbeit“ und „Kapital“ eher als lokale und nicht als universale Kategorie wahrgenommen werden. Thompson äußerte eine scharfe Kritik an dem aktuellen Trend, unter Verweis auf Digitalisierung und neue Technologien das Ende der Arbeit und den Beginn einer Post-Arbeitswelt zu verkünden. Er insistierte, dass Arbeitsprozesse weiterhin existent und umkämpft bleiben würden. Als zukünftigen konzeptionellen Bezugsrahmen schlug er

Arbeiter/innen in den jüngsten Wahlen zeige.

Mehrere der folgenden Redner/innen betonten die Wichtigkeit, eine Verbindung zwischen umfassende Analysen des Arbeitsprozesses und übergreifenden, oft transnationalen Produktionsketten oder vernetzten Unternehmen herzustellen. Dazu wurden Analysen zu verschiedenen Feldern wie delokalisierte digitale Arbeit, der Automobilindustrie in Argentinien, der verarbeitenden Industrie in Indien, Care Work in Zentraleuropa oder der Hardware-Produktion in China vorgestellt (Jörg Flecker, Wien; Stefan Schmalz, Natalia Berti, and Johanna Sittel, Jena and Bogotá; Praveen Jha, Delhi; Christa Wichterich, Bonn; Pun Ngai, Hong Kong). Weitere Beiträge zeigten wie Widerstand, wenn auch oft nur in den „Nischen“ des Arbeitsprozesses, entsteht, und zwar an so verschiedenen Orten wie der Baubranche in Indien (Jonathan Pattenden, Norwich), der russischen Automobilindustrie (Ele-



Foto: David Carrero Hansen für VolkswagenStiftung

eine drei-Ebenen Analyse von Arbeit vor: breitere „Akkumulationssysteme“, nationale oder regionale „Regulationssysteme“ sowie „Kontrollsysteme“ auf der Ebene der Produktion selbst. Auf letzterer nehme alltäglicher Widerstand immer häufiger die Form von Gehorsamsverweigerung an. Es gäbe aber keine automatische Verbindung zwischen Konflikten innerhalb des Arbeitsprozesses und dem Bereich der institutionellen Politik, wie die Unterstützung rechtspopulistischer Parteien durch

na Shulzhenko, Kopenhagen) und Care Work in Deutschland (Brigitte Aulenbacher und Fabienne Décieux, Linz).

Im Rahmen der dritten Diskussionslinie ging es um kollektives Handeln und Politiken der Arbeit. In ihrer Keynote entwickelte Beverly Silver (Baltimore) eine umfassende Analyse der derzeitigen Epoche und ihrer Arbeiterbewegungen. Ausgehend von einer Weltsystem-Perspektive beschrieb sie die aktuelle Situation als eine Übergangszeit, die den

Zyklus US-amerikanischer Hegemonie beende. Während bislang das Ende systemischer Akkumulationskreisläufe und der damit verbundene Wechsel hegemonialer Positionen im kapitalistischen Weltsystem immer mit ausgedehnten Kriegen zwischen den Großmächten korrespondierte, sei die Herausforderung in der aktuellen Situation nicht nur, dies zu vermeiden, sondern darüber hinaus, sowohl die Lebensbedingungen der Beschäftigten als auch die ökologischen Lebensgrundlagen zu verbessern. Gleichzeitig gestand sie ein, dass es schwierig erscheint, eine notwendige Solidarität und weltweite Einheit unter den Arbeitenden herzustellen, da ihre Situation zu ungleich sei. Nichtsdestotrotz wiesen die neuesten Ergebnisse ihres berühmten Datenbank-Projekts über „labour unrest“ und „social unrest“ (Datenbanken, die soziale und Arbeiter/innenunruhen dokumentieren, die in führenden Zeitungen erwähnt werden) daraufhin, dass sowohl Arbeitskonflikte als auch breitere soziale Proteste innerhalb der letzten Jahre stark angestiegen seien und sich damit vom Tiefpunkt der 1990er Jahren etwas erholt hätten.

Die meisten der darauffolgenden Vorträge analysierten eher punktuelle und spezifische Ereignisse des Widerstands, die jedoch immer in einem breiteren Kontext politischer Prozesse verortet wurden. Dies umfasste eine vergleichende Untersuchung von Kämpfen informell Arbeitender in Brasilien, China, Indien und Südafrika (Chris Tilly und Rina Agarwala, Los Angeles und Baltimore), eine Analyse des eindrucksvoll vielseitigen Protestrepertoires prekär Beschäftigter in Südkorea (Jennifer J. Chun, Toronto), der weniger sichtbaren aber nicht automatisch weniger effektiven Bewältigungsstrategien von Arbeiter/innen in Polen im Umgang mit Prekarität (Adam Mrozowicki, Wroclaw) sowie des gewerkschaftlichen, von vorausgegangene Kampagnen in den USA inspirierten Kampfes der Gebäudepfleger/innen in den Niederlanden (Ad Knotter, Maastricht). Zwei ansonsten sehr unterschiedliche Vorträge über die Textilindustrie in Indien seit den 1950ern und die deutsche Exportindustrie in den 1980er und 1990er Jahren (Chitra Joshi, Delhi; Thomas Goes, Göttingen) machten den erstaunlich ähnlichen Umgang

von Gewerkschaften mit Rationalisierungspolitiken im Zusammenhang mit neuen Technologien deutlich. Abschließend erinnerte Peter Wegenschimmel (Regensburg) daran, dass Erfahrungen kollektiven Handelns unter den Bedingungen des Staatssozialismus einer gesonderten Analyse bedürften, wobei aber bereits existierende konzeptionelle Instrumente, wie etwa der Machtressourcenansatz, durchaus von großem Nutzen sein könnten.

Die abschließende Gesprächsrunde über die Globalisierung der Unsicherheit zeigte einmal mehr, dass es aussagekräftige empirische Belege für vollkommen konträre Einschätzungen zur gegenwärtigen Lage der Arbeitenden weltweit gibt. Während Birgit Mahnkopf (Berlin) die negativen Auswirkungen einer oligarchischen Globalisierung und der systematischen Exklusion wachsender Gruppen der Weltbevölkerung betonte (bspw. durch Langzeitarbeitslosigkeit), verwies Ludger Pries (Bochum) auf widersprüchliche Prozesse einer Re-Formalisierung von Arbeit und ein erneutes Erstarren kollektiver Interessenvertretung in einzelnen Branchen und Standorten. Unter Bezugnahme auf die große Gruppe der in China offiziell als „migrant peasant worker“ bezeichneten Arbeiter/innen, die vom Land in die städtischen Arbeitsmärkte migrieren, betonte Gaochao He (Guangdong), wie stark sich soziale Gruppen (und Identitäten) vor allem im Globalen Süden überlappten und vermischten. Prabhuh Mohapatra (Delhi) stellte die historisch stark ungleichzeitige Entwicklung von Informalisierungsprozessen heraus. Einer erst kürzlichen Wiederkehr der Informalität im Globalen Norden stünde im Globalen Süden eine lange Geschichte andauernder Präsenz, wenn nicht gar Dominanz informeller Arbeit gegenüber.

„Eines der Probleme eines globalen Ansatzes ist, dass wir noch nicht einmal über grundlegende Definitionen übereinstimmen.“ Diese Feststellung von Rina Agarwala (Baltimore) könnte die produktiv irritierenden Effekte dieser Konferenz gut zusammenfassen. Als gegenwärtig mit großen Herausforderungen verbundenes Thema wurde Arbeit ausgehend von unterschiedlichen Disziplinen und Denkansätzen diskutiert. Bis jetzt jedoch

wurde das Potenzial, das im Austausch zwischen Kolleg/innen steckt, nicht voll genutzt. Auch konnten inter-lokale, tatsächlich globale Verwicklungen bisher nicht vollständig in die Analyse integriert werden. Ein weiterführender Dialog ist notwendig und die Konferenz „Workers of the World“ in Hannover hat den Beginn einer solchen Kommunikation ermöglicht. (Übersetzung Annika Klösel und Kristin Carls.)

Anmerkung

- 1 Originaltext: <https://www.volks-wagenstiftung.de/de/veranstaltungen/veranstaltungsberichte/berichte/documentation-symposium-workers-of-the-world-exploring-global-perspectives-on-labour-from-the-1950s-to-the-present.html>.

Impressum

Die Mitteilungen aus dem SOFI erscheinen zwei- bis dreimal im Jahr.

Herausgeber:

Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität
Friedländer Weg 31
37085 Göttingen
www.sofi.uni-goettingen.de

Kontakt:

Dr. Jennifer Villarama
Kommunikation und Koordination
Tel. +49 (0) 551-52205-19
E-Mail: kommunikation@sofi.uni-goettingen.de

Redaktion:

Klaus-Peter Buss, Jürgen Kädtler,
Rüdiger Mautz, Stefan Rüb, Jennifer Villarama, Berthold Vogel

V. i. S. d. P.:

Berthold Vogel

Satz:

Jochen Ebert, Geschichte und Gestaltung, Kassel

Druck:

Druckerei Wittchen GmbH, Nörten-Hardenberg

Fotos:

Bei allen Abbildungen befindet sich der Nachweis am Bild.

Die Mitteilungen aus dem SOFI sind auf der Website des SOFI (www.sofi.uni-goettingen.de) als PDF-Download erhältlich und können online abonniert werden. Archiv der Mitteilungen: www.sofi-goettingen.de/institutszeitschrift/ueber-die-mitteilungen-aus-dem-sofi/.

Veranstaltung zu Ergebnissen des Projekts Re-InVEST

Armut und Erwerbslosigkeit – Sozialpolitik als Chance für Europa

René Lehweß-Litzmann, Rüdiger Mautz, Elisabeth Buchner

Nach der Finanzkrise 2008 war die Armutsentwicklung in der EU vom Kurs abgekommen: Anstatt sich wie angestrebt zu verringern, stieg die Armutsquote in vielen Ländern drastisch an. Dies war insbesondere auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen, wie sie der wirtschaftliche Einbruch in weiten Teilen Europas mit sich brachte. In den letzten Jahren sind die meisten Länder Europas zwar ökonomisch wieder auf dem Erholungskurs, doch nicht alle Menschen werden dabei mitgenommen. Im Rahmen einer Veranstaltung in Kassel wurden Zwischenergebnisse des Projektes Re-InVEST zur Langzeitarbeitslosigkeit und den Erfahrungen Betroffener in Deutschland und Österreich vorgestellt.

Als eine Antwort auf die tiefgreifenden sozialen Folgen der Krise ab 2008 verabschiedete die EU im Jahr 2013 ihr „Paket für Sozialinvestitionen“. Das EU-geförderte Projekt Re-InVEST untersucht das Konzept der Sozialinvestition und seine sozialpolitische Praxis aus der Perspektive von Verwirklichungschancen und Menschenrechten in verschiedenen europäischen Ländern. Im Rahmen der Veranstaltung „Armut und Erwerbslosigkeit. Sozialpolitik als Chance für Europa“ wurden am 21. September 2017 in Kassel Zwischenergebnisse vorgestellt. Mitveranstalter neben dem SOFI waren das Referat Wirtschaft-Arbeit-Soziales der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund Region Nordhessen und die Volkshochschule Region Kassel.

Im Zentrum der Veranstaltung standen das Problem Langzeitarbeitslosigkeit und die Erfahrungen und Sichtweisen der davon betroffenen Menschen. Es wurden Ergebnisse aus qualitativer Forschung in Deutschland und Österreich präsentiert, die Veranstaltung beschränkte sich somit auf einen Ausschnitt des Re-InVEST-Forschungsprogramms (in weiteren europäischen Ländern werden neben Arbeitslosigkeit die Themen frühkindliche Bildung, Gesundheitsfürsorge, Wohnungswesen, Wasserversorgung, grundlegende Finanzdienstleistungen untersucht). Langzeitarbeitslosigkeit und das mit ihr verbundene Armutsrisiko sind auch in den weniger krisenbetroffenen Ländern Deutschland und Österreich ein gesellschaftliches Problem.

RE-InVEST – ein Forschungsprojekt zum Konzept der Sozialinvestition

Einführend bot René Lehweß-Litzmann (SOFI) einen Einblick in das Forschungsprojekt RE-InVEST und berichtete, wie es entstanden ist, an welchen wissenschaftlichen und politischen Zielen es sich orientiert und welchem Forschungsverständnis es sich verpflichtet fühlt. Hintergrund des Projekts ist die Große Rezession ab 2008, die die sozialpolitische Diskussion antrieb. Auf europäischer Ebene erfuhr das Konzept der Sozialinvestition einen Aufschwung. Angesichts begrenzter Ressourcen und großer Aufgaben für den Wohlfahrtsstaat fordert es eine neue Ausrichtung von Sozialpolitik. Weniger die Abfederung sozialer Risiken solle



Foto: Jörg-Peter Bayer

V.l. n. r. Elisabeth Buchner, Rüdiger Mautz, René Lehweß-Litzmann

im Vordergrund stehen, sondern mehr die frühzeitige Förderung der produktiven Potenziale von Menschen. Da in ihren Kompetenzen der Schlüssel des Erfolgs europäischer Volkswirtschaften liegt, sollen so wirtschaftliche und soziale Ziele miteinander vereinbar gemacht werden. Aufgrund seiner am Wirtschaftlichen orientierten Perspektive und der Schwerpunktsetzung auf Erwerbsarbeit bleibt das Konzept der Sozialinvestition jedoch umstritten. Das Projekt Re-InVEST stellt die Frage nach der Wirkung sozialinvestiver Politik auf individuelle Handlungsmöglichkeiten und die Wahrung von Menschenrechten und fordert eine Neuformulierung der Ziele von Sozialinvestition in ihrem Sinne.

Wie die quantitativen Analysen im Rahmen des Projekts verdeutlichen, bestehen zwischen den auf der Tagung vertretenen Länderfällen Deutschland und Österreich vielfältige Gemeinsamkeiten: Es zeigen sich Ähnlichkeiten des gesellschaftlichen Wohlstands sowie der monetären Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik und ihrer Instrumente. In beiden Ländern liegt in der aktiven Arbeitsmarktpolitik die Betonung auf Weiterbildung. Im europäischen Vergleich sind die (passiven) Transferleistungen im oberen Mittelfeld. Der Trend ist jeweils eher einer der Stabilität der sozialpolitischen „Investitionen“, während sich in einer Reihe anderer Länder die Pro-Kopf-Ausgaben in den letzten Jahren verringert haben. Wie erwähnt ist aber auch die Verfestigung eines beträchtlichen Sockels an Langzeitarbeitslosigkeit eine Gemeinsamkeit (in Deutschland ist seit längerem gut ein Drittel aller Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung).

Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland – Soziale Abwertung und Stigmatisierung

Im Rahmen des RE-InVEST-Forschungsverbundes hat das SOFI Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland untersucht. Im Vordergrund stehen dabei die Erfahrungen und Sichtweisen der von lang andauernder Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen. Bei der Untersuchung, deren Ergebnisse Rüdiger Mautz (SOFI) in Kassel vorstellte, arbeitete das SOFI mit zwei hessischen

Arbeitsloseninitiativen zusammen, dem nordhessischen ELAN-Netzwerk und der Arbeitsloseninitiative Gießen (ALI).

In der Untersuchung ging es insbesondere um die Frage, wie tiefgreifend Langzeitarbeitslosigkeit mit Einschränkungen persönlicher Lebens- und Teilhabechancen verbunden ist. Im Rahmen eines gemeinsamen Workshops sowie qualitativer Interviews mit Betroffenen wurde in dem Projekt deutlich, dass es nicht nur die überaus engen finanziellen Spielräume auf dem Niveau von Grundsicherungsleistungen (Arbeitslosengeld 2) sind, die man als stark belastend empfindet. Hinzu kommen Erfahrungen sozialer Ungerechtigkeit, etwa diskriminierende Mechanismen des Arbeitsmarktes, von denen Langzeitarbeitslose besonders betroffen sind. Und schließlich sind es Erfahrungen sozialer Abwertung und Stigmatisierung, die viele Betroffene am eigenen Leibe zu spüren bekommen und als besonders schmerzlich wahrnehmen. Häufig fällt es ihnen schwer, diesen vielfältigen Belastungen im Alltag etwas entgegen zu setzen. Nicht selten sind gesundheitliche Einschränkungen, seien sie körperlicher oder psychischer Art, die Folge.

Das Mitmachen in einer Erwerbsloseninitiative, so die einhellige Sicht der am Projekt beteiligten Langzeitarbeitslosen, kann hingegen als Quelle persönlicher Stärkung gelten: Es verhindert die soziale Isolation und kann zu einer aktiven Rolle im Kampf um soziale Anerkennung und in den Auseinandersetzungen mit dem Jobcenter verhelfen. Abschließend ging der Vortrag auf zentrale, im Projekt gemeinsam erarbeitete Forderungen an die Politik ein: Sie zielen auf eine sozial- und arbeitsmarktpolitische Umsteuerung ab, mit der sowohl das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpft als auch die Lebenssituation von Langzeitarbeitslosen nachhaltig verbessert werden soll.

Langzeitarbeitslosigkeit in Österreich – Leben im Standby- Modus

In Österreich haben das in Salzburg angesiedelte internationale Forschungszentrum für soziale und

ethische Fragen (ifz) und das Bündnis Arbeit für Best Ager (BABA) gemeinsam mit einer Gruppe älterer Arbeitssuchender an dem Re-InVEST-Projekt teilgenommen. In ihrem gemeinsamen Vortrag betonten Elisabeth Buchner (ifz) und Ko-Forscher Helmut Moser (BABA), dass die Finanzkrise in Österreich von Betroffenen als Teil einer schleichenden Krise, die schon vor der Jahrtausendwende angefangen hat, wahrgenommen wird. In der Folge ist seit 2013 besonders die Anzahl älterer Menschen ohne Arbeit überproportional gestiegen.

Die Betroffenen sehen sich durch Arbeitslosigkeit bis zum Pensionsantritt zu einem „Leben im Standby- Modus“ verdammt. Für sie ist nicht erkennbar, dass in sie und ihre Fähigkeiten investiert wird, um ihren Handlungsspielraum zu vergrößern. Vielmehr steht bei ihnen die Erfahrung im Vordergrund, dass die Betreuung durch den Arbeitsmarktservice (die Entsprechung des deutschen Job-Centers in Österreich) eher auf rasche Vermittlung und kurzfristige Beschäftigungsförderung als auf Qualifizierung und bedarfsorientierte Maßnahmen ausgerichtet ist. Besonders für Personen in schwieriger Lebenslage wäre hingegen eine individualisierte Betreuung wichtig.

Kritisiert wird von den am Forschungsprojekt beteiligten Erwerbslosen überdies, dass viel Geld in den letzten Jahren für Beschäftigungsförderung durch Subventionen („Beschäftigungsinitiative 50+“) aufgewendet wurde, die vor allem für Arbeitgeber interessant sind, aber wenig Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung aufweisen. Vielmehr kommt es häufig zu Mitnahmeeffekten bei den Arbeitgebern, wenn sie die Beschäftigten nach Auslaufen der Maßnahme wieder entlassen. Ein weiterer Kritikpunkt lautet, dass Arbeitslosen in sozialökonomischen Betrieben (bei denen der Zweck der Beschäftigung im Vordergrund steht) zwar eine geförderte Beschäftigung geboten wird, durch zahlreiche einschränkende Regelungen jedoch innovative Ansätze behindert werden. Alles in allem, so Buchner und Moser, besteht im Hinblick auf nachhaltige und zukunftsorientierte Investitionen in die Generation

45plus auch in Österreich noch großer Handlungsbedarf.

Re-InVEST – Wissen von Forscher/innen und Betroffenen zusammenführen

Auf die Vorträge folgte eine lebhaft Diskussions auf dem Podium und gemeinsam mit dem Publikum. Es moderierte Pastor Jochen Gerlach. Das

Publikum setzte sich aus Vertretern von Initiativen, Gewerkschaft, Wissenschaft und Verwaltung, aber zu einem großen Teil auch aus Betroffenen zusammen. Letztere nutzten die Gelegenheit, ihre Sicht auf institutionelle Fallbearbeitung und gesellschaftlichen Umgang mit (Langzeit-) Arbeitslosigkeit zu schildern. Ein solches „Zusammenführen von Wissen“ entspricht dem Anspruch des Projekts

Re-InVEST, Forschung nicht über die Köpfe von Betroffenen zu machen, sondern gemeinsam mit ihnen: Einerseits um stärkend zu wirken, d.h. Fähigkeiten zu vermitteln und Netzwerke aufbauen zu helfen, aber auch deswegen, weil das Erfahrungswissen von Betroffenen kaum zu ersetzen ist.

„Dorf ist nicht gleich Dorf“

Dorfmoderation in Südniedersachsen

Rüdiger Mautz

Insbesondere in den peripheren, strukturschwachen ländlichen Gebieten führte der Wandel dörflicher Lebenswelten in den vergangenen Jahrzehnten zu problematischen Entwicklungen: zum Bevölkerungsrückgang der Dörfer durch Abwanderung der Jüngeren sowie Überalterung der verbliebenen Dorfbevölkerung, zum Wegbrechen der lokalen Infrastruktur im Bereich der alltäglichen Daseinsvorsorge sowie häufig auch zur Erosion der sozialen Infrastruktur sowie des sozialräumlichen Zusammenhalts im Dorf, etwa durch Auflösung von Vereinen und Schließung von Jugendräumen, durch Streichung von Pfarrstellen oder den Abbau kirchlicher Gemeindeeinrichtungen, durch Schließung der letzten Gaststätten im Dorf usw. Mit dem Konzept der Dorfmoderation soll versucht werden, diesen Entwicklungen mit konstruktiven Ideen und Impulsen auf lokaler Ebene entgegen zu treten. In einem Forschungsprojekt begleitet das SOFI gemeinsam mit der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminden/Göttingen (HAWK) seine Umsetzung in vier südniedersächsischen Landkreisen.

Im Oktober 2017 hat in Kooperation mit den südniedersächsischen Landkreisen Göttingen, Northeim, Holzminden und

Goslar das Modellprojekt „Dorf ist nicht gleich Dorf“ begonnen, für das das SOFI gemeinsam mit der Hochschule

für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminden/Göttingen (HAWK) die wissenschaftliche Begleitforschung übernommen hat. Ziel des Projektes ist es, in Zusammenarbeit mit 16 ausgewählten Dörfern aus den vier Landkreisen ein neuartiges, vom Land Niedersachsen gefördertes Qualifizierungsmodul Dorfmoderation zu entwickeln, das insbesondere auch dorf- und regionsspezifische Einflussfaktoren, Handlungspotenziale und bereits vorhandene Engagementstrukturen in dörfliche Moderationsprozesse einbezieht. Im Zentrum des Konzepts der Dorfmoderation steht die professionell angeleitete Qualifizierung ehrenamtlich tätiger Dorfbewohner/innen, die in ihrer Funktion als Dorfmoderator/innen an der Aktivierung der Dorfgemeinschaft mitwirken und angesichts der Folgen ländlichen Strukturwandels und demografischer Veränderungen nach Wegen suchen, um das Dorf als Wohn-, Wirtschafts- und Lebensraum attraktiv zu erhalten.¹



Leerstehende Dorfgaststätte in Sievershausen – ein sozialer Treffpunkt weniger im Ort

Foto: Swantje Eigner-Thiel



Foto: Swantje Eigner-Thiel

Dorfgemeinschaftshaus in der alten Dorfschule von Kuventhal (Leinebergland)

praktische Anwendung des Qualifizierungsmoduls Dorfmoderation zuständig ist. In mehreren aufeinander aufbauenden Arbeitsschritten soll zunächst das vom Forschungsteam entwickelte Dorfanalyseschema in das Curriculum des Qualifizierungsmoduls integriert und anschließend im Rahmen der Qualifizierungsmaßnahme an zwei Bildungsstandorten gemeinsam mit den auszubildenden Dorfmoderator/innen erprobt werden. Vorgesehen ist zudem die Evaluation des gesamten Fortbildungsdurchgangs, gestützt auf Gruppendiskussionen, Einzelinterviews sowie einer schriftlichen Befragung aller Teilnehmer/innen an der Qualifizierungsmaßnahme. In einem abschließenden Arbeitsschritt wird das Forschungsteam seine Erkenntnisse aus den Dorfanalysen nutzen, um gemeinsam mit dem Praxisteam Bedingungsfaktoren zu definieren, die die Übertragbarkeit des im Projektverlauf erarbeiteten Qualifizierungskonzepts ermöglichen sollen.

Die wissenschaftliche Begleitforschung wird sich auf eine vom Forschungsteam des SOFI und der HAWK (Fakultät Ressourcenmanagement) bereits durchgeführte und im Juni 2017 abgeschlossene Pilotstudie stützen können, in deren Zentrum empirische Dorfanalysen in den 16 Dörfern standen.² Erhoben wurden erstens mittel- bis längerfristige Veränderungsprozesse dörflicher Lebensverhältnisse. Zweitens wurde in den untersuchten Dörfern nach aktuellen Problemlagen sowie endogenen Potenzialen, praktischen Ansätzen und Ideen zur Problemlösung gefragt, die im Rahmen von Dorfmoderation aufgegriffen werden könnten. Schließlich wurde im Rahmen der Pilotstudie ein vorläufiges Dorfanalyseschema erarbeitet.

Dieses bildet die Grundlage eines im jetzt angelaufenen Hauptprojekt zu erstellenden Dorfanalyseinstruments, das den (künftigen) Dorfmoderator/innen als Leitfaden für eigene Dorferhebungen und Nachforschungen an die Hand gegeben werden soll. Zur Entwicklung dieses Instruments sind weiterführende Analysen des aus der Pilotstudie vorhandenen Interviewmaterials sowie ergänzende und vertiefende Interviews mit Akteuren aus den Modelldörfern vorgesehen.

In den weiteren Projektphasen ist eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Begleitforschungsprojekt und dem (sozial-)pädagogischen Praxisteam vorgesehen, das für die Entwicklung und

Praxisteam Bedingungsfaktoren zu definieren, die die Übertragbarkeit des im Projektverlauf erarbeiteten Qualifizierungskonzepts ermöglichen sollen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Harteisen, Ulrich (2016): Dörfer gemeinsam zukunftsfähig gestalten. Das Konzept der Dorfmoderation. Land-Berichte. Sozialwissenschaftliches Journal, Jg. XIX, 3, S. 33.
- 2 Eigner-Thiel, Swantje; Mautz, Rüdiger (2017): Pilotstudie „Potenziale und Herausforderungen dörflicher Entwicklungsprozesse“. Abschlussbericht Göttingen: Landkreis Göttingen [online verfügbar unter: http://www.sofi.uni-goettingen.de/fileadmin/user_upload/Abschlussbericht_Pilotprojekt_Dorfmoderation.pdf].

Projekttitle: Modellvorhaben „Dorf ist nicht gleich Dorf“
Projektlaufzeit: 1. Oktober 2017 bis 31. Oktober 2020
Finanzierung: Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; kofinanziert durch Bund und Land im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
Projektteam: Dr. Swantje Eigner-Thiel (HAWK), Prof. Dr. Ulrich Harteisen (HAWK), Dr. Rüdiger Mautz (SOFI), Prof. Dr. Berthold Vogel (SOFI)

Das Soziale-Orte-Konzept

Neue Infrastrukturen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Berthold Vogel

Der demografische Wandel polarisiert. Markante sozialräumliche Disparitäten bilden sich heraus. Die europäische, bundesstaatliche wie auch länderbezogene Verteilungs- und Förderpolitik konnten in den vergangenen Jahren diesen Trend der dispersen räumlichen Entwicklung nicht umkehren. Das raumplanerische Zentrale-Orte-Konzept, das die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen sicher stellen soll, konnte weder den infrastrukturellen Rückbau in Schrumpfungsräumen hinreichend abfedern, noch die infrastrukturelle und soziale Segregation städtischer Quartiere in Wachstumsregionen mildern. Vor diesem Hintergrund fragt ein neues SOFI-Projekt nach der Zukunft wirtschaftlicher Versorgung im ländlichen Raum und nach der Festigkeit sozialer Bindekräfte in Zeiten soziodemografischen Wandels.

Gemeinsam mit Prof. Dr. Claudia Neu von der Universität Göttingen (Lehrstuhl Soziologie ländlicher Räume) forscht das SOFI seit Oktober 2017 zu der Frage, in welcher Weise in ökonomisch und demografisch prekären Regionen soziale Infrastrukturen stabilisiert und hergestellt werden können, die gesellschaftlichen Zusammenhalt

in einer offenen und vielfältigen lokalen Gesellschaft ermöglichen. Es geht um die Entwicklung eines soziologisch informierten Konzepts „Sozialer Orte“. Die sozialwissenschaftliche Ausarbeitung dieses Konzepts wird durch eine juristische und eine raumplanerische Expertise ergänzt. Hier stehen dem Projekt Prof. Dr. Jens Kersten von

der Ludwig-Maximilians-Universität München und Heike Brückner von der Bauhaus-Universität Dessau zur Seite.

Das Konzept „Soziale Orte“ wirft zunächst kritische Fragen auf: Was bedeutet es für die Ausgestaltung lokaler Demokratie, wenn die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht mehr



Foto: Swantje Eigner-Thiel

Tagsüber (fast) menschenleeres Dorf – wie kann es zum „sozialen Ort“ werden? (Esplingerode, Eichsfeld)

überall gegeben ist und sich öffentliche Infrastrukturen aus der Fläche verabschieden? Welche lokalen bzw. regionalen Ressourcen und Aktivitäten stehen dem entgegen und wie können sie gestärkt werden? Diese kritischen Fragen beleuchten zentrale gesellschaftliche Fragen, denn fehlt es an Daseinsvorsorgeleistungen, die stets Motoren der sozialen und territorialen Integration waren, dann mangelt es auch an Orten der Begegnung und Kommunikation im öffentlichen Raum. Zudem gehen mit den Schließungen von lokalen Verwaltungseinrichtungen, Sparkassen, Schulen und Arztpraxen die lokalen Trägergruppen und

Milieus des Engagements verloren, die sozialen Zusammenhalt gewährleisten. Regionen, Kleinstädte, Dörfer und Stadtquartiere verlieren ihre Mitte. Offensichtlich bedarf es daher neuer (Infra-)Strukturen und Institutionen, die konstruktiv auf die aktuellen Herausforderungen reagieren und neue Modi und Formen der Kohäsion schaffen. Diese Fragen werden in lokalen Kontexten untersucht.

Für einen dieser Kontexte steht exemplarisch der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen, der im Rahmen des SOFI-Projekts zentrale Untersuchungsregion ist. Nach langen Jahren

des ökonomischen Umbruchs, der mit erheblichen Arbeitsplatzverlusten verknüpft war, und infolge des markanten demografischen Wandels, der sich in der anhaltenden Abwanderung junger, qualifizierter Arbeitskräfte spiegelt, stehen die Region, ihre Dörfer und Kleinstädte vor erheblichen Herausforderungen. Um diese Herausforderungen im Sinne einer demokratischen Gesellschaftskultur anzugehen, bedarf es der Verbindung öffentlichen Handelns, bürgerschaftlichen Engagements und unternehmerischer Initiative. Es müssen „Soziale Orte“ entstehen, die nicht von oben nach unten oder von innen nach außen politisch dekretiert werden, sondern die über Akteure und Institutionen eigene und neue Wege finden, sozialen Zusammenhalt zu stiften. Das Forschungsprogramm des Projekts umfasst landkreisweite Befragungen sowie Expertengespräche, Interviews, Workshops und künstlerische Interventionen.

Projekttitle: Das Soziale-Orte-Konzept. Neue Infrastrukturen für gesellschaftlichen Zusammenhalt
Projektlaufzeit: 1. Oktober 2017 bis 30. September 2020
Finanzierung: BMBF-Fördermaßnahme „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“
Projektteam des SOFI: Dr. Rüdiger Mautz, Helena Reingen, M.A., Prof. Dr. Berthold Vogel

Neuerscheinung



VSA:
 Ingrid Artus/Peter Birke/Stefan Kerber-Clasen/
 Wolfgang Menz (Hrsg.)

Sorge-Kämpfe

Auseinandersetzungen um Arbeit
 in sozialen Dienstleistungen

© VSA-Verlag Hamburg, 2017

Soziale Dienstleistungen galten lange Zeit als wenig konfliktgeprägt. Dies hat sich nachhaltig geändert – in der Pflege, im Gesundheitswesen, in der frühkindlichen Erziehung und Bildung, in der Sozialen Arbeit. Im Gesundheitswesen kommt es immer häufiger zu Konflikten um Personalbemessung oder um Haustarifverträge. Vielfache Beachtung fanden außerdem die Arbeitskämpfe im Sozial- und Erziehungsdienst. Zwei Prozesse stoßen dabei aufeinander: Auf der einen Seite blockieren Austeritätspolitik und „Schuldenbremse“ eine bedarfsgerechte Ausstattung der Einrichtungen, sind verantwortlich für unzureichende Arbeitsbedingungen und Unterbezahlung. Auf der anderen Seite geht es um Fragen der Anerkennung hochwertiger und verantwortungsbewusster Arbeit.

Ein neu erschienener, von Ingrid Artus, Peter Birke, Stefan Kerber-Clasen und Wolfgang Menz herausgegebener Sammelband beleuchtet diese neuen Konflikte aus der Sicht kritischer Sozialwissenschaft. Der Band vereint grundlegende Beiträge zur Bedeutung von Sorgearbeit einerseits und Beiträge von Praktiker/innen aus sozialen Dienstleistungen andererseits. Einige Beiträge entstanden auf der Grundlage von Forschungen des SOFI: Dabei wurden Interviews ausgewertet, die im Rahmen des „Kita-Streiks“ von 2015 in einem durch Peter Birke und Jürgen Kädtler geleiteten Lehrforschungsprojekt geführt wurden. Angesichts der in den vergangenen Jahren zu beobachteten gesellschaftlichen Schwerpunktverschiebung von Arbeitskämpfen in den Bereich der (sozialen) Dienstleistungsarbeit ist der Band ein wichtiger Baustein für eine an aktuellen Entwicklungen interessierte kritische Forschung zu Arbeitskonflikten und Arbeitskämpfen.

Artus, Ingrid; Birke, Peter; Kerber-Clasen, Stefan; Menz, Wolfgang (Hrsg.) (2017): Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen. Hamburg: VSA-Verlag. 336 Seiten, ISBN 978-3-89965-766-1, 26,80 EUR

■ Digitalisierte Arbeit und betriebliches Gesundheitsmanagement

Arbeitswelt 4.0 gestalten

Kristin Carls, Martin Kuhlmann, Barbara Splett, Lukas Thamm

Die Begriffe Digitalisierung und Industrie 4.0 stehen seit einer Weile für weitreichende Thesen zur Zukunft der Arbeit. Gesicherte empirische Befunde zur Dynamik des Wandels und den Arbeitswirkungen von Digitalisierung sind aber nach wie vor Mangelware. Mit einem breit angelegten, mehrjährigen Forschungsvorhaben zu Arbeitsfolgen der Digitalisierung will das SOFI Orientierungswissen bereitstellen und hierbei vor allem Gestaltungsmöglichkeiten im Hinblick auf betriebliche Gesundheitsförderung analysieren.

Unter der Überschrift Digitalisierung findet gegenwärtig ein beschleunigter Wandel der Arbeitswelt statt, der in seinen arbeitsbezogenen Wirkungen erst in Ansätzen abschätzbar ist. Umso mehr bedarf es einer gründlichen Erforschung dieses Wandels, um frühzeitig auf Risiken und Problemlagen sowie Chancen und Gestaltungsoptionen hinzuweisen. Auch das Thema Gesundheit in der Arbeit hat seit einigen Jahren erhöhte Aufmerksamkeit erfahren, noch nicht absehbar ist jedoch, inwieweit Digitalisierung auch mit neuen Herausforderungen für betriebliche Gesundheitsförderung einhergeht und ob sich auch in dieser Hinsicht neue Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Das SOFI wird daher in einem breit angelegten, mehrjährigen Forschungsvorhaben den arbeitsbezogenen Veränderungen des aktuellen Digitalisierungsschubs nachgehen. Angesichts von Verschränkungen und Wechselwirkungen der Digitalisierung mit anderen arbeitsbezogenen Trends wie Flexibilisierung und Entgrenzung, steigenden Leistungsanforderungen oder sich ausdifferenzierenden Beschäftigungs- und Organisationsformen, für die sich im arbeitspolitischen Diskurs der Begriff „Arbeiten 4.0“ herausgebildet hat, liegt dabei eine ganzheitliche Sichtweise nahe, die sich nicht allein auf Technikaspekte beschränkt.

Ziel des Forschungsprojektes ist es, Erkenntnisse über die arbeitsbezogenen Anforderungen, Problemlagen und Gestaltungsmöglichkeiten einer sich zunehmend digitalisierenden Arbeitswelt zu gewinnen. Es geht um Orientierungswissen als Grundlage für eine gesundheitsorientierte Arbeitspolitik sowie eine der Arbeitswelt 4.0 angepasste betriebliche Gesundheitsförderung. Die Forschung findet im Verbund mit einem

Innovationsprojekt der AOK Niedersachsen („Gesundheit in der Arbeitswelt 4.0“) statt, in dem ein agiles Beratungskonzept sowie auf die Arbeitswelt 4.0 angepasste Instrumente und Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) entwickelt und erprobt werden. In Kooperation mit dem SOFI ist das Ziel des AOK-Projektes die Wirkung der Arbeitswelt 4.0 auf die Gesundheit der Beschäftigten zu verstehen, sie positiv zu beeinflussen sowie anhand der in dem Projekt gewonnenen Erkenntnisse ein zukunftsfähiges BGM zu gestalten.

Das Design der SOFI-Studie basiert auf vergleichenden Fallstudien mittels eines multiperspektivischen Methodenmix aus qualitativen und quantifizierenden Erhebungsmethoden. Untersucht wird zunächst, in welcher Weise neue Technologien und gewandelte Anforderungen in ausgewählten Tätigkeitsfeldern eine Rolle spielen, wie sie die Arbeitsanforderungen und Arbeitssituationen prägen, welche arbeitsbezogenen Gestaltungskonzepte von den Betrieben verfolgt werden und wie diese unter dem Gesichtspunkt des Erhalts und der Entwicklung der Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten zu beurteilen sind (Ausgangssituationen). In einer zweiten Erhebungswelle (Follow-up-Erhebungen, BGM-Evaluation) werden die BGM-Prozesse (Akteurskonstellationen, Aushandlungsprozesse, Maßnahmen) in den Betrieben rekonstruiert sowie die angestoßenen Veränderungen erhoben

und mit Blick auf Schlussfolgerungen für betriebliches Gesundheitsmanagement in einer Arbeitswelt 4.0 analysiert und bilanziert. In beiden Erhebungsphasen kommen vielfältige Methoden der empirischen Sozialforschung zum Einsatz: sowohl qualitative Beobachtungsverfahren und Interviewmethoden (Beschäftigteninterviews, Gruppendiskussionen/Fokusgruppen, Expertengespräche) als auch quantitative Erhebungen (Fragebögen). Soweit möglich und sinnvoll wird zudem auf betrieblich vorliegende, prozessproduzierte Daten zurückgegriffen.

Das Projekt wird unterschiedliche Branchen einbeziehen und Veränderungsprozesse über einen längeren Zeitraum hinweg analysieren. Durch quer- und längsschnittartige Vergleiche von betrieblichen Veränderungsprozessen in konkreten Tätigkeitsbereichen, die in Summe relevante Felder abdecken, soll ein empirisch fundierter und zugleich differenzierter Einblick in die Anforderungen und Arbeitssituation einer digitalisierten Arbeitswelt ermöglicht werden. Systematische Vergleiche über Tätigkeiten und Betriebe hinweg, bei denen technisch-organisatorische Gestaltungskonzepte, aber auch Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements variieren, lassen einen evidenzbasierten Beitrag zu arbeitspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten beim Erhalt und der Förderung von Arbeitsfähigkeit erwarten.

Projekttitle: Arbeitswelt 4.0 – Problemlagen digitalisierter Arbeit und Herausforderungen für das betriebliche Gesundheitsmanagement

Projektlaufzeit: 1. Oktober 2017 bis 30. September 2021

Finanzierung: AOK Niedersachsen

Projektteam: Dr. Kristin Carls, Dr. Martin Kuhlmann, Dipl.-Sozw. Barbara Splett, Dipl.-Sozw. Lukas Thamm

Strategien und Probleme der Digitalisierung im Handel

Tante Emma 4.0

Klaus-Peter Buss, Jürgen Kädtler

In den letzten Jahren hat im Handel ein tiefgreifender Strukturwandel eingesetzt, der sich – so die allgemeine Annahme – weiter beschleunigen wird. Als ein bedeutender Treiber wird die Digitalisierung ausgemacht, die vielfach als Bedrohung insbesondere des stationären Handels angesehen wird. Allerdings scheinen die Unternehmen hiervon in sehr unterschiedlicher Weise betroffen. Als besonders bedroht erscheinen vor allem die kleinen und mittelgroßen, zumeist inhabergeführten Unternehmen, die nur über sehr begrenzte Ressourcen verfügen, um auf diesen Wandel zu reagieren. Ein neues Projekt macht eine regionale Bestandsaufnahme.

Längst schon hat die Digitalisierung auch im Handel Einzug gehalten. Während der stationäre Handel nur langsam wächst, verzeichnet der Onlinehandel hohe Zuwachsraten. Online-Käufe sind für den Großteil der Bevölkerung Normalität. 2017 werden nach Schätzungen des statistischen Bundesamtes die E-Commerce-Umsätze mit Endkunden 10 % des gesamten Einzelhandelsumsatzes ausmachen. 40 % der deutschen Online-Umsätze entfallen dabei auf nur zehn Online-Shops, ein Sechstel alleine auf das amerikanische Online-Versandhandelsunternehmen Amazon. Auch weit über die Branche hinaus gelten Unternehmen wie der amerikanische Online-Platzhirsch inzwischen sowohl als Pioniere im Einsatz neuer Technologien als auch als ‚role model‘ neuer Arbeitsbeziehungen. Entsprechend sieht eine Vielzahl an Studien den stationären Handel unter hohem Anpassungsdruck. Der Tenor vieler Publikationen ist dabei eindeutig: Der stationäre Handel muss den Sprung in die digitale Welt bewältigen, oder er geht unter.

Die Digitalisierung stößt im Handel komplexe und umfassende Veränderungsprozesse an, die sich derzeit mit enormer Geschwindigkeit vollziehen. So ist dem stationären Einzelhandel mit dem Online-Handel nicht nur ein neuer sehr ernst zu nehmender Konkurrent erwachsen. Zugleich prägt das Online-Angebot zunehmend auch die Kundenerwartungen an den stationären Handel, dem wiederum eine Vielzahl neuer Technologien neue Möglichkeiten eröffnen, Kund/innen am Point of Sale anzusprechen. Über die Verkaufsprozesse hinaus sind zugleich aber auch die gesamten Geschäftsprozesse vom

Einkauf über die Lagerhaltung und das Marketing bis hin zum Backoffice-Bereich von der Digitalisierung betroffen.

Entsprechend spielt in der Umsetzung von Digitalisierung die Personalentwicklung eine zentrale Rolle. Welche Kompetenzen werden mittel- und langfristig gebraucht, z.B. Kenntnisse zum Aufbau eines kombinierten Multi-Channel-Vertriebs sowie zur Einbindung von Smartphones und Tablets in die Verkaufsberatung? Wie kann die berufliche Aus- und Weiterbildung im Betrieb weiter ausgebaut werden, um den veränderten Kompetenzanforderungen gerecht zu werden? Und wie können „Handel 4.0“ und die damit einhergehende Veränderung von Tätigkeitsprofilen zur Ansprache und Gewinnung von Auszubildenden und Fachkräften genutzt werden?

Der vielgestaltige technologische und organisatorische Wandel wird insbesondere von den führenden Online-Handelsunternehmen sowie von den Großunternehmen des stationären Handels mit ihrem Filialnetz vorangetrieben. Dem steht aber die Masse der Unternehmen im stationären Einzelhandel gegenüber, die nur über sehr begrenzte personelle Ressourcen verfügen: Über zwei Drittel der Einzelhandelsunternehmen haben maximal fünf Beschäftigte, ein weiteres Viertel unter 20 Beschäftigte. Gerade KMU im Groß- und Einzelhandel haben

in der Bewältigung der Digitalisierung oftmals einen hohen Unterstützungsbedarf.

Hier setzt ein Verbundprojekt der VHS Göttingen Osterode, der Wirtschaftsförderung der Stadt Göttingen (GWG) und des SOFI an. Das Projekt wird im Rahmen des Ausbildungsstrukturprogramms JOBSTARTER plus aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Ziel des Projektes ist es, regionale Unterstützungsstrukturen für den Einzelhandel im Anpassungsprozess der betrieblichen Aus- und Weiterbildung an den „Handel 4.0“ zu etablieren. Das SOFI führt in diesem Rahmen eine Untersuchung zu Strategien und Problemen der Digitalisierung im klein- und mittelbetrieblichen regionalen Groß- und Einzelhandel durch. Ziel dieser Bestandsaufnahme ist es, konkrete Unterstützungsbedarfe des Groß- und Einzelhandels in der Region zu erheben, auf die sich dann die Entwicklung von Unterstützungs- und Beratungsangeboten durch VHS und GWG beziehen kann. Für das SOFI ergänzt die Untersuchung zugleich die breite Forschung des Instituts zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf Arbeit und Beschäftigung um Einblicke in einen zentralen Bereich des Dienstleistungssektors.

Projekttitle: DiHa 4.0 – Digitalisierung im Handel
Projektlaufzeit: Juli 2017 bis Juni 2020
Finanzierung: BMBF, ESF (Programm JOBSTARTER plus)
Projektteam SOFI: Dr. Klaus-Peter Buss, Prof. Dr. Jürgen Kädtler

■ Wenn Einsen und Nullen zu Ärger führen

Betriebliche Konflikte um die Digitalisierung von Arbeit

Martin Kuhlmann, Stefan Rüb, Berthold Vogel

Auf welche Weise die Digitalisierung die Arbeitswelt verändert, wird wesentlich von gesellschaftlichen und betrieblichen Aushandlungen und Auseinandersetzungen bestimmt. In Kooperation mit dem Arbeitsrechtler Prof. Dr. Rüdiger Krause von der Georg-August-Universität Göttingen fragt ein anlaufendes Projekt danach, wo und in welcher Art Konflikte um Digitalisierung auftreten und welche empirischen und rechtlichen Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass diese Konflikte konstruktiv bearbeitet werden oder aber destruktive Wirkungen entfalten.

Die Digitalisierung der Arbeit birgt erhebliches Konfliktpotenzial. Zu befürchten ist, dass sie zu Arbeitsplatzverlusten führen und mit einer stärkeren Formalisierung, Fremdbestimmung und Überwachung von Arbeitsprozessen, mit einer Verdichtung der Arbeit sowie mit zunehmenden Entgrenzungsprozessen einhergehen wird. Hierbei spielen neue Techniken der Automatisierung, der permanenten Erreichbarkeit und der Kontrolle von Leistung und Verhalten der Beschäftigten ebenso eine Rolle wie die Erosion gewachsener betrieblicher Strukturen mit negativen Konsequenzen für die Vertretung von Beschäftigteninteressen durch Betriebsräte. Andererseits könnte die digitale Transformation der Arbeit neue Möglichkeiten schaffen, die Beschäftigten von körperlich schwerer und monotoner Arbeit zu entlasten, ihnen neue zeitliche und räumliche Autonomiespielräume zu eröffnen und ihre Tätigkeiten qualifikatorisch aufzuwerten.

Das Projekt fasst Digitalisierung als nicht technologisch-linearen, sondern gestaltungsoffenen Prozess. Da in betriebliche Digitalisierungsprozesse unterschiedliche Interessen eingehen, stellt sich die Frage, wie davon ausgelöste Konflikte bearbeitet werden und ob sie sich produktiv oder destruktiv auf Betrieb und Arbeitsklima, auf Arbeitsbeziehungen und Beschäftigte unterschiedlicher Statusgruppen auswirken.

Hier setzt das an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Arbeitsrecht angesiedelte interdisziplinäre Forschungsvorhaben an, indem es Digitalisierungskonflikte empirisch im Rahmen von Fallstudien analysiert, soziologisch im



Gerd Altmann / Pixabay

Sinne von Verlaufs- und Prozessanalysen deutet und rechtlich durch Wirkungsanalysen bewertet. Das Projekt konzentriert sich insbesondere auf drei Felder, in denen sich Konflikte um die Digitalisierung von Arbeit entzünden: Arbeitszeit, Leistungs- und Verhaltenskontrolle und Arbeitsgestaltung.

Die enge disziplinäre Verschränkung von Arbeitssoziologie und Arbeitsrecht erlaubt es, die Perspektive der sozialen Dynamik von Digitalisierungskonflikten mit der Frage nach der Wirkung und Gestaltungskraft des Rechts zu verknüpfen. Denn ob und inwieweit Digitalisierungskonflikte produktive oder destruktive Wirkungen entfalten, steht keineswegs von vornherein fest, sondern hängt wesentlich von der aktiven Mitgestaltung durch die Akteure im (betrieblichen) Arbeitsalltag ab. Dabei ist zu erwarten, dass die Mitbestimmung einen institutionellen Rahmen für eine produktive Konfliktbearbeitung bietet, indem sie für Transparenz und Mindeststandards der Beteiligung sorgt.

In empirischen Analysen konkreter Digitalisierungskonflikte nimmt das Forschungsprojekt betriebliche Aushandlungsprozesse und deren Folgen in den

Blick und fragt nach der Leistungsfähigkeit der bestehenden tariflichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen. Hierzu werden neben Expertengesprächen auf verbandlicher, gewerkschaftlicher, unternehmerischer und politischer Ebene problemzentrierte Interviews mit betrieblichen Akteuren (Betriebsräte, Personalmanagement) und Gruppendiskussionen mit Beschäftigten geführt.

Das Projekt geht davon aus, dass Konflikte dann produktive Wirkungen entfalten können, wenn sie institutionell eingehegt und reguliert werden. In der Kooperation zwischen Arbeitsrecht und Arbeitssoziologie verspricht es, zu einem besseren Verständnis der Wechselwirkungen sozialen Wandels und rechtlicher Gestaltung und damit der Steuerungskraft von Arbeitsrecht bei dynamischen Veränderungsprozessen beizutragen. Ziel ist es, empirisch begründete und abgesicherte Politikempfehlungen zur normativen Gestaltung einer zunehmend von Digitalisierung geprägten Arbeitswelt zu geben.

Projekttitle: Digitalisierungskonflikte

Projektlaufzeit: 1. Dezember 2017 bis 31. März 2020

Finanzierung: Hans-Böckler-Stiftung

Projektteam: Prof. Dr. Rüdiger Krause (Universität Göttingen, Institut für Arbeitsrecht), Dr. Martin Kuhlmann, Dr. Stefan Rüb, Prof. Dr. Berthold Vogel (alle SOFI)

Veröffentlichungen von SOFI-Mitarbeiter/innen

Bücher

Artus, Ingrid; Birke, Peter; Kerber-Clasen, Stefan; Menz, Wolfgang (Hrsg.) (2017): Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen. Hamburg: VSA-Verlag.

Aulenbacher, Brigitte; Dammayr, Maria; Dörre, Klaus; Menz, Wolfgang; Riegraf, Birgit; Wolf, Harald (Hrsg.) (2017): Leistung und Gerechtigkeit. Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Herrigel, Gary; Voskamp, Ulrich; Wittke, Volker (2017): Globale Qualitätsproduktion. Transnationale Produktionssysteme in der Automobilzulieferindustrie und im Maschinenbau. Frankfurt am Main: Campus.

Nies, Sarah; Tullius, Knut (2017): Zwischen Übergang und Etablierung – Beteiligungsansprüche und Interessenorientierungen jüngerer Erwerbstätiger. Study Nr. 357. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

Aufsätze

Baethge, Martin (2017): Weiterhin unsichere Zeiten. Ein Gastkommentar. In: *Erziehung & Wissenschaft* 10/2017, S. 2.

Birke, Peter, Mayer-Ahuja, Nicole (2017): Sekundäranalyse qualitativer Organisationsdaten. In: *Liebig, Stefan; Matiaske, Wenzel; Rosenbohm, Sophie (Hrsg.)*. Handbuch empirische Organisationsforschung. Springer Reference Wirtschaft. Wiesbaden: Springer Gabler, S. 105–126.

Birke, Peter (2017): Die aktuellen Kämpfe um Sorgearbeit. Zur Einleitung. In: *Artus, Ingrid; Birke, Peter; Kerber-Clasen, Stefan; Menz, Wolfgang (Hrsg.)*: Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen. Hamburg: VSA-Verlag, S. 7–33.

Birke, Peter (2017): Schwierige Solidarität. Eltern, Kinder, Erzieherinnen im Streik 2015. In: *Artus, Ingrid; Birke, Peter; Kerber-Clasen, Stefan; Menz, Wolfgang (Hrsg.)*: Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen. Hamburg: VSA-Verlag, S. 90–115.

Birke, Peter (2017): Rezension zu Despotovic/Thörn, Den urbana fronten. In: *Sozial.Geschichte Online* 21 (2017), S. 241–248.

Birke, Peter; Bluhm, Felix; Mayer-Ahuja, Nicole (2017): Arbeit als Black Box. Migration zwischen Prekarisierung und betrieblichem Konflikt. In: *Altenried, Moritz; Bojadžijev, Manuela; Höfler, Leif Jannis; Wallis, Mira; Mezzadra, Sandro (Hrsg.)*: Logistische Grenzlandschaften: Das Regime mobiler Arbeit nach dem ‚Sommer der Migration‘. Münster: Unrast, S. 115–142.

Birke, Peter; Henninger, Max (2017): Nach dem Arabischen Frühling. Warum der Protestzyklus 2011–2013 zerfallen ist. In: *Analyse und Kritik*, Juni 2017 (Sonderbeilage zum G 20-Gipfel), S. 3–4.

Gebel, Tobias; Rosenbohm, Sophie; Hense, Andrea (2017): Sekundäranalyse qualitativer Interviewdaten. Neue Perspektiven in der Industrial Relations-Forschung. In: *Industrielle Beziehungen* 24, Heft 1, S. 7–30.

Hanekop, Heidemarie (2017): Umwandlung wissenschaftlicher Journale in Gold Open Access – Chance oder Risiko für die Wissenschaft? In: *Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis*, Bd. 26 Nr. 1–2: Open Science, S. 49–54. [online verfügbar unter: <http://www.tatup.de/?journal=tatup>].

Hense, Andrea (2017): Sequentielles Mixed-Method-Sampling: Wie quantitative Sekundärdaten qualitative Stichprobenpläne und theoretisches Sampling unterstützen können. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69, Heft 2, S. 237–259. [online verfügbar unter: DOI: 10.1007/s11577-017-0459-9].

Hense, Andrea (2017): Typische Teilhabemuster: Verschiedenheit und Ungleichheit. In: *Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.)*: Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland. Exklusive Teilhabe – ungenutzte Chancen. Dritter Bericht. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag [online verfügbar unter: DOI: 10.3278/6004498w003].

Hense, Andrea (2017): Theoretische Ansätze zur Erklärung der selbst wahrgenommenen Gefährdung der zukünftigen Erwerbsteilhabe. In: *Lessenich, Stephan (Hrsg.)*: Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016 [online verfügbar unter: <http://publikationen.sozioogie.de/>

[index.php/kongressband_2016/article/view/697](http://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2016/article/view/697)].

Hense, Andrea; Kuhlmann, Martin (2017): Methodologische Grenzziehungen und methodenintegrative Ansätze: Mixed Methods in der Arbeits- und Industriesoziologie sowie der Arbeitsmarktforschung. In: *Lessenich, Stephan (Hrsg.)*: Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016 [online verfügbar unter: http://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2016/article/viewFile/620/pdf_216].

Hense, Andrea; Schork, Franziska (2017): Doing Mixed Methods: Methodenintegrative Ansätze in der Organisationsforschung. In: *Liebig, Stefan; Matiaske, Wenzel; Rosenbohm, Sophie (Hrsg.)*: Handbuch Empirische Organisationsforschung. Wiesbaden: Springer, S. 359–388 [online verfügbar unter: https://link.springer.com/referenceworkentry/10.1007/978-3-658-08580-3_34-1; DOI: 10.1007/978-3-658-08493-6_34].

Hosse, Peter; Kropp, Jessica Marie; Stieber, Thomas (2017): Streik im Spielzeugland! Who cares? Resultate eines Lehrforschungsprojekts zum Streik im Sozial- und Erziehungsdienst 2015. In: *Artus, Ingrid; Birke, Peter; Kerber-Clasen, Stefan; Menz, Wolfgang (Hrsg.)*: Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen. Hamburg: VSA-Verlag, S. 58–75.

Kädtler, Jürgen (2017): Krise des Flächentarifvertrags – Krise der Sozialpartnerschaft. In: *Schulten, Thorsten; Dribbusch, Heiner; Bäcker, Gerhard; Klenner, Christina (Hrsg.)*: Tarifpolitik als Gesellschaftspolitik. Strategische Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Hamburg: VSA-Verlag, S. 48–58.

Kädtler, Jürgen (2017): Prekäre Beschäftigung und Prekarität. Die gesetzliche Einführung eines Beschäftigungssegments zweiter Klasse und ihre Folgen. In: *IG Metall Bezirk Bayern (Hrsg.)*: Vom Wiederaufbau zur Arbeit 4.0. Hamburg: VSA-Verlag, S. 273–277.

Kaps, Petra; Marquardsen, Kai (2017): Präventive Sozialpolitik? Handlungsspielräume und Handlungsorientierungen der kommunalen Verwaltung bei der Umsetzung der Leistungen zur Bildung

und Teilhabe. In: Zeitschrift für Sozialreform 63 (2), S. 217–246.

Kersten, Jens; Neu, Claudia; Vogel, Berthold (2017): Gleichwertige Lebensverhältnisse. Mindeststandards allein genügen nicht. In: Arch+. Zeitschrift für Architektur und Städtebau. Stadtland. Der neue Rurbanismus Nr. 228, S. 188–191.

Kohlrausch, Bettina; Richter, Maria (2017): Sind betriebsorientierte Maßnahmen ein Instrument zur Öffnung des Übergangssystems zum Ausbildungsmarkt? In: Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016. [online verfügbar unter: http://publikationen.sociologie.de/index.php/kongressband_2016/article/view/585]

Kuhlmann, Martin (2017): Arbeitspolitik. In: Hirsch-Kreinsen; Minssen, Heiner (Hrsg.) (2017): Lexikon der Arbeits- und Industriosozologie, 2. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 63–67.

Kuhlmann, Martin (2017): Neue Produktionskonzepte/innovative Arbeitspolitik. In: Hirsch-Kreinsen; Minssen, Heiner (Hrsg.) (2013): Lexikon der Arbeits- und Industriosozologie, 2. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 236–240.

Kuhlmann, Martin (2017): Digitalisierung und Arbeit: Herausforderungen und Perspektiven. In: Baumann, Hans; Gallusser, Martin; Herzog, Roland; Klotz, Ute; Michel, Christine; Ringger, Beat; Schatz, Holger (Hrsg.): DenKnetz Jahrbuch 2017. Technisierte Gesellschaft. Bestandsaufnahmen und kritische Analyse eines Hypes. Zürich: Edition 8, S. 167–179.

Mayer-Ahuja, Nicole (2017): Bread and Roses. “Good Work” from a Union Perspective. In: Rosa, Hartmut; Henning, Christoph; (Hrsg.): The Good Life beyond Growth. Critical Perspectives. London, New York: Routledge, S. 131–140.

Mayer-Ahuja, Nicole (2017): Die Globalität unsicherer Arbeit als konzeptionelle Provokation: Zum Zusammenhang zwischen Informalität im Globalen Süden und Prekarität im Globalen Norden. In: Arbeit und Gesellschaft, Heft 2 (Themenheft Arbeit und Kapitalismus), S. 264–296.

Mautz, Rüdiger; Fleiß, Eva; Hatzl, Stefanie; Reinsberger, Kathrin; Posch, Alfred (2018): Bottom-up-Initiativen im Bereich Photovoltaik in Deutschland und Österreich: Rahmenbedingungen und

Handlungsressourcen. In: Holstenkamp, Lars; Radtke, Jörg (Hrsg.): Handbuch Energiewende und Partizipation. Wiesbaden: Springer VS, S. 599–611.

Sizova, Irina; Leonova, Lyudmila; Hense, Andrea (2017): The Precariousness of Employment and Labor Incomes in Russia and Germany: Self-Perception of Wage Workers. In: Economic Sociology 18, No. 4, S. 14–59.

Söhn, Janina; Höfler, Leif Jannis; Jorek, Susanna; Pommerien, Lisa (2017): Sektion Migration und ethnische Minderheiten. The Sociology of Migration: Current Developments and Future Trends. In: Soziologie, Heft 2, S. 211–213.

Söhn, Janina; Marquardsen, Kai (2017): Die zukünftigen Beschäftigten. In: BMAS (Hrsg.): Arbeiten 4.0. Werkheft 03. Berlin: S. 60–65 [online verfügbar unter: <https://www.arbeitenviennull.de/fileadmin/Downloads/BMAS-Werkheft-3.pdf>].

Vogel, Berthold (2017): Arbeitsgerichte und Arbeitsrichterschaft. Eine soziologische Skizze. In: Kreher, Simone; Welti, Felix (Hrsg.): Soziale Rechte und gesellschaftliche Wirklichkeiten. Kassel: Kassel University Press, S. 158–168.

Vogel, Berthold (2017): Wo steht das Haus? Zum Strukturwandel des Eigenheims. In: Das Einfamilienhaus. Zeitschrift für Kulturwissenschaften Heft 1/2017, S. 156–158.

Wolf, Harald (2017): Leistungsgerechtigkeit im Vergleich. Formen und Folgen sozialkomparativer Leistungsorientierungen. In: Aulenbacher, Brigitte; Dammayr, Maria; Dörre, Klaus; Menz, Wolfgang; Riegraf, Birgit; Wolf, Harald (Hrsg.): Leistung und Gerechtigkeit. Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 228–245.

Studien, Forschungsberichte, Working Papers

Baas, Meike; Baethge, Martin (2017): Entwicklung der Berufsausbildung in Klein- und Mittelbetrieben: Expertise im Rahmen des Ländermonitors berufliche Bildung. Göttingen.

Baethge, Martin; Baethge-Kinsky, Volker (2017): Entwicklung des Arbeitsmarktes unter geschlechtsspezifischen Aspekten mit einem Exkurs zu Frauenerwerbstätigkeit und Digitalisierung. Expertise für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung [online verfügbar unter: www.gleichstellungsbericht.de].

Baethge, Martin; Buss, Klaus-Peter; Richter, Maria (2017): Gutachten zum Übergang Schule-Beruf in Schleswig-Holstein – unter besonderer Berücksichtigung der Inklusion von Menschen mit Benachteiligungen und Behinderungen. Expertise im Auftrag des Ministeriums für Schule und Berufsbildung des Landes Schleswig-Holstein, Göttingen.

Eigner-Thiel, Swantje; Mautz, Rüdiger (2017): Pilotstudie „Potenziale und Herausforderungen dörflicher Entwicklungsprozesse“. Abschlussbericht. Göttingen: Landkreis Göttingen. [online verfügbar unter: http://www.sofi.uni-goettingen.de/fileadmin/user_upload/Abschlussbericht_Pilotprojekt_Dorfmoderation].

Faust, Michael (2017): A typology of shareholders and constellations of actors in the external coalition of the corporation. An exploration for the German case. Sub-theme 20: Financialization and its Societal Implications: Rethinking Corporate Governance and Shareholders. Paper submitted to EGOS 2017, Copenhagen, July 6–8 2017 [online verfügbar unter: http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/Publikationen/Michael_faust_-_A_typology_of_shareholders_and_constellations_of_actors_in_the_external_coalition_of_the_corporation_V3.pdf].

Kalkowski, Peter (2017): Das Verhältnis von formaler und informaler Strukturierung bei Kooperativer Produktentwicklung – Sechs Fallstudien im Vergleich. SOFI Arbeitspapier/SOFI Working Paper 2017 – 11. Göttingen: SOFI [online verfügbar unter: http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/Publikationen/SOFI_Working_Paper_11_Kalkowski_April_2017.pdf].

Paul, Gerd; Kuhlmann, Martin (2017): Schichtarbeit in der Beschäftigtenbefragung 2017 der IG Metall. Arbeitspapier. SOFI, Göttingen [online verfügbar unter: http://www.sofi.uni-goettingen.de/fileadmin/Publikationen/SOFI_Arbeitsbericht_IGM_Schichtarbeitende.pdf].

Söhn, Janina; Marquardsen, Kai; unter Mitarbeit von Bluhm, Felix; Prekodravac, Milena; Prahms, Alicia; Vogel, Berthold (2017): Erfolgsfaktoren für die Integration von Flüchtlingen. BMAS Forschungsbericht 484 [online verfügbar unter: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-ublikationen/Forschungsberichte/fb-484-erfolgsfaktoren-integration-fluechtlinge.pdf?__blob=publicationFile&v=1].

Personalia

Das SOFI heißt seit 1. Oktober 2017 fünf neue Mitarbeiter/innen herzlich willkommen:

Dr. Kristin Carls und **Dipl.-Sozw. Lukas Thamm** arbeiten in dem Projekt „Arbeitswelt 4.0 – Problemlagen digitalisierter Arbeit und Herausforderungen für das betriebliche Gesundheitsmanagement.“

M.A. Helena Reingen ist seit Oktober Mitarbeiterin im Projekt „Das Soziale-Orte-Konzept. Neue Infrastrukturen für gesellschaftlichen Zusammenhalt“.

Seit Oktober ist **Ilona Rimbach** die neue Assistentin für „Projekte und Verwaltung“. Sie folgt auf dieser Stelle **Kathrin Tapella**, die von 2013–2017 am SOFI tätig war und nun ein Master-Studium begonnen hat. Wir danken Frau Tapella für ihr großes Engagement und wünschen ihr weiterhin alles Gute!

M.A. Thomas Stieber ist seit 1. Oktober Mitarbeiter in dem SOFI-Projekt „Refugees@work. Perspektiven der betrieblichen Integration von Flüchtlingen in Niedersachsen (siehe Mitteilungen 26, S. 25).“

Seit Ende Oktober forscht **Dr. Janina Söhn** gefördert durch ein Auslandsstipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für fünfeinhalb Monate an der New School for Social Research (New York) im Schwartz Center for Economic Policy Research am Department of Economics zu „Berufswechseln unter älteren amerikanischen Erwerbstätigen“.

Dr. Peter Kalkowski ist am 31. August 2017 nach 28 Jahren Forschung am SOFI in den Ruhestand gegangen. Seine Forschungsschwerpunkte lagen in der Innovations- und Organisationsforschung. Peter Kalkowski war in zahlreichen u. a. von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekten aktiv. Von ihm sind eine Reihe von Monografien und Aufsätzen erschienen, so das aktuelle SOFI-Working Paper zu „Kooperativer Produktentwicklung“ (www.sofi-goettingen.de/fileadmin/Publikationen/SOFI_Working_Paper_11_Kalkowski_April_2017.pdf). Für den neuen Lebensabschnitt wünschen wir ihm alles Gute.

Forschungskolloquium Wintersemester 2017/18

Freitag, 1. Dezember 2017

Berthold Vogel (SOFI)

Wohlstandskonflikte. Zur Soziologie der Mittelklasse

Mittwoch, 6. Dezember 2017

Klaus-Peter Buss (SOFI)

Hafenwirtschaft. Entwicklungslinien des Hafenwettbewerbs und Herausforderungen der öffentlichen Akteure

Freitag, 15. Dezember 2017

Nicole Mayer-Ahuja (SOFI)

Die Globalität unsicherer Arbeit als konzeptionelle Provokation: Zum Zusammenhang zwischen Informalität im Globalen Süden und Prekarität im globalen Norden

Freitag, 12. Januar 2018

Timo Weishaupt, Jan Weckwerth (Universität Göttingen)

Deutsche Arbeitgeber in der Metall- und Elektrobranche: Noch immer das Zugpferd der koordinierten Marktwirtschaft?

Freitag, 19. Januar 2018

Volker Baethge-Kinsky, Martin Kuhlmann, Kai Marquardsen, Barbara Splett, Knut Tullius, Sascha Wiegrefe (SOFI)

Digitalisierung der Arbeit in der industriellen Produktion

Freitag, 2. Februar 2018

Ulrich Mückenberger (Universität Bremen)

Der Arbeitnehmerbegriff – aus arbeitspolitischer Perspektive

Freitag, 16. Februar 2018

Elke Schübler (Universität Linz), Nora Lohmeyer (FU Berlin)

Governanceformen und Arbeitsbedingungen in globalen Produktionsnetzwerken der Textilindustrie

Das SOFI-Forschungskolloquium findet zu den angegebenen Terminen von 14.15–16.30 Uhr im Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI), Friedländer Weg 31 in 37085 Göttingen statt. Gäste sind herzlich willkommen! Texte für die Kolloquien können etwa eine Woche vor den jeweiligen Sitzungen per E-Mail bei Erika Beller bezogen werden: erika.beller@sofi.uni-goettingen.de.

Zum Vormerken:

50 Jahre SOFI

Jubiläumsveranstaltung im Mai 2018

Das SOFI wird am 24.–25. Mai 2018 in Göttingen mit einer wissenschaftlichen Tagung zum Thema „**Polarisierung(en). Zur Zukunft von Arbeit, Unternehmen und Gesellschaft**“ sein 50-jähriges Bestehen feiern. Wir möchten gemeinsam mit Gästen aus Wissenschaft und Praxis über Fragen neuer Polarisierungen in der Arbeitswelt, in den Unternehmen und in unserer Gesellschaft diskutieren. Über das Jubiläums-Programm werden wir Anfang 2018 näher informieren.